

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipfer, Puzer, Stukkateure, Asphaltreue, Isolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 23, Wallstr. 1</p>	<p>Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abhängigkeiten Rabatt, bei nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Zeile 3 M. Anzeigen der Bauergewerkschaften Zeile 50 A.</p>
---	---	---

Der 20. Juni Abrechnungstag! Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist!

Diebe und Räuber hat man die 1 1/2 Millionen Deutsche genannt, die im Volksbegehren die Enteignung der deutschen Fürsten gefordert haben. Diese beleidigenden Worte fielen von abels stolzen Royalisten, jener Sippe, die in den Fürsten die Höchsten von ihresgleichen sehen, die schon stets an wohlgedeckten Tischen saßen und im Arbeitsvorkrieg nur die Canaille erblickten, die vielfach ihr irdisch Hab und Gut den Räuberleuten und Dieberleuten ihrer ritterlichen Vorfahren verbannten, jener Siegesritzer, der Kletterer, Liederer und Hühnerplücker, die die Karawanen der Kaufleute aus dem Hinterhalt überfielen und ausraubten und das Landproletariat des Mittelalters maßlos bedrückten und auspreßten. Es war Fleisch von Fleisch der Fürsten, das sich da haßerfüllt gegen den Volkswillen wandte, gegen Demokratie und wahre Gerechtigkeit. Und diese Royalisten finden — leider! — immer noch Beistand im deutschen Bürgertum, das sich auch nicht zu einer klaren Stellungnahme in dieser klarsten aller Fragen aufraffen kann; dieses Bürgertum stolpert über den dreimal geheiligten Eigentumsbegriff und spricht von „Rechten des Besitzes“, obwohl es das Erbe der Gerechtigkeit ist, das hier dem einzelnen durch Raub und Intrige zur Beute fiel. Sogar ein christlicher Zentrumsmann vertieg sich im Reichstag zu dem Ausspruch: die Enteignung der deutschen Fürsten schüre die Begehrlichkeit der Massen. Welch ein frivolos Wort! Wie muß das wirken auf die Millionen Erwerbsloser, auf die durch Krieg und Inflation Enteigneten, auf die Kriegstrümpel, auf die Kriegserwitwen und -waisen, denen es vielfach am nötigsten, an Brot und Kartoffeln mangelt! Wo findet man in den Urquellen des Christentums, im Neuen Testament, auch nur einen Satz aus den Lehren der Kirchenväter, der für den Reichtum einiger Duzend arbeitsscheuer Fürsten gegen die Menge der redlich Schaffenden spräche?

sprach den Reichen die ewige Seligkeit ab und sagte: eher gehe ein Schiffstau durchs Nadelohr, als ein Reicher ins Himmelreich komme. Das aber geniert solche fürstliche Patentschriften absolut nicht, sie preisen auf das Himmelreich und sind erpicht auf die Schätze, die der Hof und die Motten fressen. Und daß nach des Nazareners Lehre der, der zween Röcke hat, dem einen geben soll, der keinen hat,



aufriecht eines verstaubten Unrechts, die Herrschaft und Bedrückung der Massen durch eine vermorschte Adels- und Krieger Sippe mit einem König „von Gottesgnaden“ an der Spitze, erneuter Militarismus, alte Hörigkeit und Leibeigenschaft für das arbeitende Volk, die Beseitigung aller Volksrechte. Republik aber heißt das vollkommene Recht, Gesetzgebung durch das souveräne Volk, der Weg zur Gerechtigkeit, zur Freiheit aller, Kulturanstieg und Völkerverbundenheit.

Auf zur Abstimmung! Keiner darf fehlen! Jeder stimme am 20. Juni für die Enteignung der Fürsten mit einem klaren, unzweideutigen Ja! Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes! Von Euch allen, soweit Ihr stimmberichtig seid, erwarten wir das gleiche! Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist! Bedenket der starken Arbeitslosigkeit, die Euch den ganzen Winter bedrückt hat, und die heute noch nicht behoben ist! Ihr habt ein bitteres Glendmaß durchkostet. Und hier verlangt man, daß man den unermesslichen Reichtümern in den Taschen wirft, die noch nie gearbeitet haben und ohnedies schon im Golde schwimmen. Diesen Menschen habt Ihr zu verdamnen, daß sich Deutschland in Wohnungsnot befindet und dennoch nicht gebaut werden kann. Ihnen verdammt Ihr Not und Arbeitslosigkeit! Nun laßt ihnen heim, doch in anderer Weise, als diese Herrschaften fordern und erwarten! Damit geht Ihr auch zugleich einen klatschenden Denzettel jenen Fürsten anbeten und Fürstentnechten, die Euch jeberzeit zu hören geben, Eure „hohen“ Löhne seien für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar, während sie hier ohne Bedenken für das deutsche Volk als tragbar erachten die Zuwendung von Milliardenwerten an jene, die nie arbeiten und dennoch praßen! Keiner dieser Vertreter des Schmer- oder Bauunternehmertums hat an diesem Raubzug der Fürsten gegen das deutsche Volk etwas auszuweisen, Euch aber möchten sie das farge Stück Brot noch dünner schneiden! Zahlt auch ihnen heim bei dieser Abstimmung! Kein stimmberichtiges Mitglied des Deutschen Bauergewerksbundes bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern! Zahlt den Fürsten heim, daß ihnen und ihren Gefolgsleuten Hören und Sehen vergeht! Deutsches Volk! Beweise Deine Müdigkeit! Auf, gegen Fürstentnecht und Unrecht! Den deutschen Fürsten keinen Heller! Das ist das Gebot sittlicher, sozialer, christlicher und rechtlicher Pflicht!

Deutscher Michel, laß dich nicht verblüffen! Hier gilt es zu entscheiden gegen ein riesengroßes Unrecht, das man dem deutschen Volke antun möchte! Die Deutsche Republik hat dir das Mittel des Volksentscheids gegeben, nun nütze es richtig! Diese Forderungen von Menschen, die schon jetzt im Fette sitzen, denen es schon heute wohlher ergeht als 99 % der deutschen Einwohnerschaft, sind frech und unsittlich. Frech und unsittlich, weil es Reiche sind, die zusammengeschartes unredliches Gut und Geld fordern, um damit die Deutsche Republik zu bekämpfen und schließlich ihr „Gottesgnadentum“ wieder errichten möchten. Frech und unsittlich, weil gerade sie es sind, die Deutschland in einen Ozean von Blut und Tränen gelaucht, in Glend und Not gestürzt haben und nun für diese riesengroße Freveltat noch besondere Belohnung heischen und von dem maßlos ausgepowerten Volk Hunderte Millionen und unermesslichen Land- und Häuserbesitz fordern! Frech und unsittlich, weil hier vermeintliche Rechte gefordert werden, unbekümmert darum, daß heute in Deutschland eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht und Glend und Hunger durch die Massen heulen!

danach fragen sie den Teufel! Das eigene Ich steht ihnen und stand ihnen seit Jahrhunderten obenan; deshalb ihre Reichtümer und Liegenschaften, deshalb die vererbte unerfällliche Gier nach Mammon und irdischen Schätzen.

Die Forderung auf Enteignung der deutschen Fürsten ist national und sittlich berechtigt, sie entspricht einem sozialen und wahrhaft christlichen Empfinden. Die enteigneten Fürstentümer sollen zugewendet werden den Erwerbslosen, den Kriegsbeschädigten und Kriegerrückbliebenen, den Sozial- und Kleinrentnern, den bedürftigen Opfern der Inflation, den Vermissten der Armen. Das ist sittlich, gerecht, christlich und national. Den Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern soll aus dem enteigneten Landbesitz Siedlungsland geschaffen werden. Auch das ist ein gerechtes Verlangen! Die Hunderte mit dem Schneise der Bevölkerung errichteten Schlösser und Wohnhäuser dieser abgehalfterten Fürsten sollen der allgemeinen Wohlfahrt erschlossen, für Kultur- und Erziehungszwecke verwendet werden. Genesungs- und Versorgungsheime für Kriegsbeschädigte, Kriegerrückbliebene, Sozial- und Kleinrentner sollen daraus entstehen, Kinder- und Erziehungsheime daraus gemacht werden. Welcher wahrhaft sozial, national, christlich und gerecht Denkende könnte dagegen etwas einzuwenden haben?

Diese Forderungen sprechen auch Höhn jedem nationalen Empfinden. Nach der deutschen Nation, wie es ihr geht, wie sie darbt und entbehr, wird dabei gar nicht gefragt. Und es ist doppelte Höhn auf das nationale Empfinden, daß die politische Partei, die in allererster Linie den abgehalfterten Fürsten geraubtes Volksgut zuwenden möchte, sich „deutschnational“ nennt. Und auch dem sozialen Empfinden sprechen diese Forderungen Höhn; sie sprechen auch Höhn jedem rechtlichen Empfinden. Und sie sind ein Schlag ins Gesicht der christlichen Lehre; denn hier soll den ohnehin Reichen gewährt und den Vermissten der Armen genommen werden. Christus lehrte das Gegenteil. Er

Der 20. Juni möge Gerichtstag sein. Er möge aufräumen mit dem Unrecht, mit allem mittelalterlichen Klunder, mit der nationalen Heuchelei; er möge entscheiden, ob die alten „Herrnrechte“ einer feudalen Junkerlaste wieder aufleben sollen oder ob endlich der Gerechtigkeit und dem Gemeinshaftsempfinden die Waage gebahrt werden soll. Er möge entscheiden über Republik oder Monarchie. Monarchie heißt in diesem Falle die Wieder-

Beiratkonferenz unseres Bundes.

Am 3. Juni tagte in Köln am Rhein eine Beiratkonferenz unseres Bundes. Zunächst berichtete Kollege Bachmann über den Stand unseres Bundes. Unsere Mitgliedszahl hat sich während des Winters stabil erhalten, in den letzten Wochen konnte ein kleiner Zuwachs an Mitgliedern festgestellt werden. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch groß, noch immer fast ein Drittel der Mitglieder arbeitslos. Darunter leiden natürlich auch die Massenverfälschte; die Eingänge haben sich allerdings vermehrt, doch muß es damit noch besser werden. Anschließend berichtete Kollege Werner über den Stand der Lohnfrage im Baugewerbe. Neben die Entschiedenungen vor dem zentralen Schiedsgericht in Berlin äußerte er seine Unzufriedenheit, da die Entschiede fast durchweg zumunsten der Arbeiter ausgefallen sind. Die gutfundierten Gründe, die von den Arbeitgebervertretern für die Aufrechterhaltung der alten Löhne und für weitere Lohnkürzungen im Schiedsgericht vorgebracht wurden, fanden nicht die ihnen gebührende Beachtung; um so mehr Beachtung fanden die fadenförmigen Gründe der Bauunternehmer auf

Wohnbau. Nachdem der Medner die einzelnen Phasen der gesamten Verhandlungen vor dem zentralen Schiedsgericht geschildert, hielt er einen Ausblick auf die nächste Zukunft. Es sei heute notwendig, die Zukunftsmarschroute festzulegen. Natürlich könne heute nur für den Baugewerksbund beschlossen werden, die endgültige Laskil müsse eine Konferenz aller am Schiedsgericht und den Wohnverträgen beteiligten Verbände beschließen.

In der lebhaften und ausgedehnten Aussprache wurde allgemein der Anzuehlichkeit mit den Entscheidungen des zentralen Schiedsgerichts Ausdruck gegeben. Im übrigen wurde die künftige Laskil besprochen und auch in dieser Hinsicht Klarheit geschaffen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, die nunmehr nötigen Schritte einzuleiten.

Hierauf berichtete Kollege Paeffow über seine Reise nach Paris, die den Zweck hatte, zu erkunden, in welcher Weise Reparationsarbeiten in Frankreich durch deutsche Bauarbeiter ausgeführt werden könnten. Es wurde von französischen Parlamentariern und Senatsmitgliedern zugesichert, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß die deutschen Reparationskosten zum Teil in Bauarbeiten, wobei es sich hauptsächlich um Tiefbauarbeiten, Brückenbau usw. handelt, umgesezt werden sollen. Es steht demnach in Aussicht, daß deutsche Arbeiter in beträchtlicher Anzahl in Frankreich Arbeit finden können. Da aber die nötigen Vorarbeiten und Verhandlungen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werden, dürfte es erst im Jahre 1927 zu einer solchen Beschäftigung deutscher Arbeiter in Frankreich kommen. Anschließend berichtete Paeffow auch noch vom Verbandstag der Zimmerer. Da darüber in der Nr. 24 des „Grundstein“ eingehend berichtet worden ist, erübrigt sich, an dieser Stelle besonders darauf einzugehen. Gegen die Haltung des Kollegen Reppow auf dem Verbandstag der Zimmerer wurden Einwände nicht erhoben; es wurde anerkannt, daß er in dieser Frage entsprechend den Beschlüssen des Dresdener Gewerkschaftskonferenzen gewirkt hat.

Dann wurde noch die brennende Frage der Kostendarstellungen besprochen; die Begünstigungen wurden erörtert, Material zu beschaffen, um durch eine Beschwerdebeschriftung das Volkswirtschaftsministerium vorzugehen gegen das vielfache Verstößen der Behörden, bei Tiefbauarbeiten unter Tariflohn zu gehen. Ferner wurde das vielfach rücksichtslose Vorgehen von Unternehmern besprochen, die den Kollegen Werke aufzulegen haben oder aufzulegen, die sie zur Arbeit unter Tarif verweigern. Um diesem Verhalten der Unternehmer zu begegnen, wurde angeregt, jene Kollegen, die sich solchen Unternehmern gegenüber widersetzen, in jeder Weise zu unterstützen. Es wurde beschlossen, gegen solche Lohnrückstände und tarifwidrige Unternehmer gegebenenfalls mit Klagen vorzugehen und wegen der Unterjährigverweigerung gemahrende Kollegen wie Streitende zu unterstützen.

Nach Besprechung verschiedener Verwaltungsangelegenheiten erreichte Johann die Konferenz ihr Ende.

Erster Wohnungsfürsorgetag.

Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegründete Deutsche Wohnungsfürsorge-Allianzgehilfen (D. W. A. G.) hielt am 4. Juni in Berlin ihren ersten Wohnungsfürsorgetag ab, zu dem auch eine große Zahl arbeiter und privater Wohnungspolitik erschienen waren. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des Ausschusses der „Demog“, Genosse Weipart, auf die Tätigkeit der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage hin und bezeichnete die Bestrebungen nach einer Wohnungsfürsorge als ein gewerkschaftliches Ziel. Die Gewerkschaften stellen sich auf den Boden der Nächstenliebe, die der Deutsche Städtebund in seiner Tagung am 9. April aufgestellt habe. Sie fordern eine Senkung der Baukosten, die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms für längere Zeit, die Verteilung der Bauausführungen auf das ganze Jahr unter Berücksichtigung der Konjunkturschwankungen, und eine Nationalisierung der Bauweise.

Darauf sprach Dr. Ing. Martin Wagner über „Groß-Siedlungen, ein Weg zur Nationalisierung und Verbilligung des Wohnungsbaus“. Er führte etwa folgendes aus: Deutschland hat alle Voraussetzungen, seine Städte zusammenzuführen, um aus seinem vorhandenen Wirtschaftskapital einen höheren materiellen Nutzen zu herauszuholen. Das Kapital, das heute dem Wohnungsbau zusteht, ist ihm nicht auf Erwerblichkeit gerichtet. So sehr wir dafür zu kämpfen haben, daß die Hauszinssteuer uns als eine dauernde Kapitalquelle erhalten bleibt, und in ihrer vollen Höhe für den Wohnungsbau eingesetzt wird, im Grunde ist sie doch nichts anderes als eine sehr unjohliche Besteuerung des Einkommens, die nur solange gerechtfertigt ist, wie das Mißverhältnis zwischen dem realen Kapitalwert der Altwohnungen und denen der Neuwohnungen besteht. Das Sparkapital des Volkes wird nicht immer in dem Umfang seinen Weg zum Wohnungsbau nehmen, wie das heute der Fall ist. Wir haben deshalb alle Veranlassung, nach andere Wege der Kapitalbeschaffung zu beschreiten, unter anderem den Weg der Einparung von Kapital durch die Nationalisierung des Wohnungsbaus und die Ausschüttung aller Rezerfen und fassen Kapital in Produktionsprozess.

Den 15 000 000 Altwohnungen mit ihrem nur 60 bis 65 % betragenden Marktwertwert setzen sich heute erst etwa 775 000 Neuwohnungen mit einem etwa 170prozentigen Marktwertwert gegenüber. Nicht der Weg ist der richtige, den den Wert der Altwohnungen steigert und ihren Besitzern einen unverdienten Vermögenszuwachs zuleitet, sondern der Weg, der die Produktionskosten der Neuwohnungen auf den realen Wert der Altwohnungen herabsenkt. Von allen Fragen, die uns Wohnungspolitik heute zu beschäftigen haben, ist

die der Baukostenreduktion die dringendste und wichtigste. Man muß heute die Verminderung der Baukosten als die Schlüsselfrage des Wohnungsbaus überhaupt bezeichnen. Mit dem ausgesprochenen Zweck, die Betriebsmethoden nicht nur nach der sozial-ethischen, sondern auch nach der ökonomisch-wirtschaftlichen Seite zu verbessern, wurde 1919 in Berlin die erste Bauhilfs- und 1920 der Verband sozialer Baubetriebe gegründet. Später entstand die Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb. Aber schon bei den ersten Arbeiten dieser Gesellschaft zeigte es sich ganz klar, daß die kleinen Betriebe des privaten Baugewerbes von dieser Forschungsgesellschaft eher ihren Tod als ihr Leben erwarteten. Sollte sie doch in die falschen Kosten und in die Verläufe dieser Betriebe hineinleuchten müssen. Sollte sie doch feststellen müssen, daß die Verbilligung des Bauens — wie in jedem anderen Industriezweig — von der Zusammenfassung der Kräfte abhängt. Das private Baugewerbe entzog darum der Forschungsgesellschaft die Mittel für ihr Bestehen, und so wurde sie nach kaum einjähriger Tätigkeit am 25. Mai 1921 wieder aufgelöst. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß die „parame Bauweise“ das Baukostenverbilligungsproblem nicht lösen konnte, machte sich dann in unsern Kreisen eine gewisse Müdigkeit geltend, auf dem beschrittenen Wege der Erforschung des billigen Bauens weiterzugehen. Die Bauhilfsführer aber wurden nicht müde, das Nationalisierungsproblem weiter zu besprechen. Aber die staatlichen Stellen haben, abgesehen von einigen sehr platonischen Beschlüssen des Wohnungsausschusses des Reichstages, dem Nationalisierungsproblem wenig Förderung zuteil werden lassen. Obgleich sie sich gegenseitig sahen, Milliardenbeträge öffentlichen Kapitals in den Wohnungsbau zu stecken, geschah jedoch wenig, was dieses Milliardenkapital vor unrationeller Verwendung und vor Vergeudung durch die Anregung gegeben, ein Forschungsinstitut für den Wohnungsbau zu schaffen, das mit öffentlichem Kapital die aus den Kreisen der Bauwirtschaft, der Architekten und gemeinnützigen Bauvereinigungen flammenden Anregungen zur Verbilligung und Verbesserung des Wohnungsbaus aufgreifen und praktisch zu erproben habe. Der kürzeste und erfolgreichste Weg ist aber, daß die öffentlichen Organe das Baukostenverbilligungsproblem in die Hand nehmen, und es hat den Anschein, daß heute für den Reichstag eine Untersuchung mit größeren Erfolgen gerechnet werden kann. Das Bedürfnis, den äußeren Anstoß für eine großartige Arbeit auf dem Gebiet der Baukostenverbilligung gegeben zu haben, gebührt ungewissheit den sozialdemokratischen Vertretern im Wohnungsausschuss des Reichstages, auf deren Betreiben auch im Jahre 1925 die ersten öffentlichen Mittel für Versuchszwecke zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich des Verbilligungsproblems angenommen, in dem ganz klar der die Baukosten verbilligende Serienbau gefordert wird. Ferner hören wir, daß auch der polytechnische Verein in Bayern in Verhandlungen mit dem Ministerium für soziale Fürsorge beschlossen hat, einen Ausschuss für wirtschaftlichen Baubetrieb einzusetzen. Der hamburgische Staat hat in Verbindung mit dem Gesamtverein Bauwesen eine besondere Wohnungsfürsorgegesellschaft gegründet, die den rationellen Wohnungsbau zu pflegen hat. Doch auch Kreuze in diesem Beispiel folgen wird, dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Wenn Serienbau müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Der zu errichtende Bau muß an Modellbauten sorgfältig vorbereitet, studiert und erprobt werden. Deshalb muß Veruchskapital vorhanden sein. Der Bedarf der Serienbauten muß erforscht und ein im voraus geschätzter Absatz gegeben sein. Dieser Absatz muß auch ständig vorhanden sein, weil die Serienfertigung möglichst keine Unterbrechung erfahren soll. Der Serienbau verlangt eine Konzentration der Betriebe in der Hand leistungsfähiger und zahlungsfähiger Bauunternehmungen, die die wirtschaftliche Rolle des Großhändlers als Verbindungsglied zwischen der Industrie und den Verbrauchern zu übernehmen haben. Neben dem Wohnungsfürsorgetag der Wohnungsfürsorgegesellschaft muß der Großproduzent, der Generalunternehmer stehen. Serienbau ist Präzisionsarbeit. Die reinen Baukosten sind die bei weitem am größten Beträge der Gesamtkosten, und bei dieser Position müssen in erster Linie die Vermittlungen auf Senkung der Preise eingesetzt werden. Jedes ersparte Prozent bei einer Groß-Siedlung von 500 Wohnungen macht 60 000 M. aus oder bei vollen Gegenwert von 5 Wohnungen. Ein Sparmittel, der die Ermächtigung hätte, alle Bauvorhaben auf ihre ökonomische Durchführung zu beraten und selbständige Entscheidungen zugunsten der Verbilligung zu treffen, würde, wenn es ihm nur gelänge, bei jedem Bauvorhaben 2 % überschüssiger Kosten zu streifen, in Preußen bei 100 000 Wohnungen 20 Millionen Mark und in Berlin bei 8000 Wohnungen 2 Millionen Mark zur Förderung weiterer Ersparnisse erzielen können. Wenn unsere Wohnungen heute nicht billiger gebaut werden, liegt es vor allem auch daran, daß die Bauausführer noch immer nicht die erste Voraussetzung für die Baukostenverbilligung, nämlich zu erzielende Großbaucapazität erfüllt haben. Man habe darum die Großbaucapazität in den Sattel und die Baukostenverbilligung wird dann Fortschritte machen. Wenn das Tiefbaugewerbe heute bereits weit mehr Maschinenarbeit anstatt Handarbeit leistet, kann auch nur darum, weil es mit Großbaucapazität der öffentlichen Organe (Gesamtschulen, Straßenbauverwaltungen usw.) rechnen kann. Es ist ganz klar, daß im Wohnungsbau bei einer Wiederholung der gleichen Typen beim zweiten und dritten Bauabschnitt die Kosten für die Bauausführung sinken müssen. Dies ist aber nur möglich, wenn der Bau serienweise nach einmal festgelegten Typen betrieben und der Bauauftrag selbst in die Hand eines Generalunternehmers gelegt wird, dessen Recht und Unzurechnungsfähigkeit Form vor sich geht. Da auch mit jeder Verlangern der Bauzeit die Ausgaben für Baukapitalen steigen, muß es eifrigste Bestreben sein, die Bauzeit für eine Wohnung auf das mindeste herabzubringen. Das erreichen wir beim Serienbau. Durch länderloses Meinaneinander der einzelnen Arbeitsvorgänge können die kürzestmöglichen Bauzeiten erreicht werden. Würden aus den Verbilligungsarbeiten sämtliche Rezerfen ausgeschaltet werden, dann wäre es schon bei den heutigen Bauwerkstoffen möglich, ein Einfamilienhaus in einer Bauzeit von 45 Tagen schiffsfertig herzustellen oder den Hochbau

in 1 1/2 Tagen heranzubringen. Der heute noch durch Rezerfen und durch mangelnde wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe bedingte Rezerfen umfaßt 65 % der Gesamtbauzeit. Die kurzfristige Montage der Hochbauten mit Gipse abgegebener und ausgetrockneter Betonplatten hat es den Amerikanern schon ermöglicht, den Hochbau einer Wohnung mit 8 Arbeitstagen an einem Tag herzustellen. Mit der Entwicklung der Technik, die nur auf Großbaustellen anwendbar ist, fallen natürlich auch die Bauzeiten ganz erheblich. Es dürfte darum kein Ding der Unmöglichkeit sein, die Kosten der Bauzeiten unter den angegebenen Voraussetzungen durchweg um die Hälfte zu senken. Auch die Baukosten der Baufertigstellungsarbeiten lassen sich beim Serienbau um etwa 50 bis 60 % herabsetzen. Bei Zusammenfassung mehrerer Bauvorhaben lassen sich schon bei den Erdarbeiten durch Verwendung besonders konstruierter Bagger bedeutende Baukostenersparnisse erzielen. Die Zusammenfassung von Großbaustellen hat auch den volkswirtschaftlichen Wert, daß die in den Boden hineingestrichene Aufstellungskapital durch die Gebühren für die Benutzung von Manifikation, Gas, Wasser und Elektrizität sofort rentabel wird, und ferner die zur Siedlung führenden Verkehrsmittel bei 1000 Wohnungen sofort rentabel ausgenutzt werden können. Immer wieder wird sich ergeben, daß eine durchschlagende Verbilligung nur durch eine Zusammenfassung der Kräfte zu erzielen ist. Die Großfertigung bietet ferner den allein geeigneten Weg, auch die Bodenpreise zu senken. Da die Baukosten einer Wohnung 80 % der Gesamtkosten ausmachen, so müssen in erster Linie hier die Vermittlungen zu einer Verbilligung eingesetzt. Wir müssen die Bauteile normalisieren! Schaffen wir darum Großbaustandorte für den Wohnungsbau in der Form gemeinnütziger tätiger Wohnungsfürsorgegesellschaften, die als dauernde Auftraggeber auf dem Baumarzt erscheinen, und die Internierung werden sich füllen, die dauernden Kunden zu betreiben, wie sie das nur einmal oder gelegentlich als Auftraggeber auf dem Baumarzt aufstehen den Kleinbauherren gegenüber tun. Gerade durch die Weisheit der Typen und Auftraggeber wird die Preisbildung geschaffen, bei der sich der Betrag und der Macher so wohl fühlen. Es gab einmal eine Zeit der „paramen Bauweise“, die zu 99 % darauf hinausliefen, das Bau zu verbilligen, aber in die Hand von unzuverlässigen Leuten zu legen. Dann wurde die Parole vertreten, daß vor an Raum sparen müssen und darum die Grundstücke und die Geschäfte höher kleiner zu machen hätten. Auch diese „Schmalzmethoden“ ist keine Verbilligung, sondern eine Verteuerung des Bauens; denn engräumige Bauten sind je Einheit betrachtet, stets teurer als weiträumige Bauten. Die Einschränkung des Lebensraumes hat mit unserer Frage der Verbilligung des Bauens nichts zu tun, sondern läuft lediglich auf eine Einschränkung der Bedürfnisse hinaus, die im Wohnungsbau um so weiträumiger ist, als diese einschneidendsten Bedürfnisse dem Volk für ein Lebensalter der Bauten, also für 75 bis 100 Jahre, aufgelegt werden. In welchem Umfang die Arbeitskraft der Bauarbeiterfrage ausgenutzt worden ist, zeigt die Tatsache, daß von 1919 bis 1925 einschließlich in Deutschland etwa 226 Millionen Tagelöhne durch Arbeitslosigkeit verlorengegangen sind. Mit dieser Arbeitslosigkeit hätten sich 765 000 Wohnungen errichten lassen! Das heißt das Doppelte der in diesen Jahren tatsächlich errichteten Wohnungen. Dem der Zugang an Wohnungen betrug in den Jahren 1919 bis 1925 775 000. Weisheit wie bei den Baubetrieben liegen auch die Bedürfnisse in der Baustoffindustrie. Hier beträgt der Rezerfen 66 %. Mehrere gibt dem Betonplattenbau (Occident-Bauweise) gegenüber dem Stahlplattenbau den Vorzug. Auch die Baugewerke müssen ihren Beitrag zu der Verbilligung des Wohnungsbaus leisten. Das Verbilligungsproblem ist in starkem Maße ein Organisationsproblem, aus dem die technischen Verbesserungen bei der Produktion von Baustoffen herauszuwachsen. An die Stelle der reinen Handarbeit tritt mehr und mehr die Maschine. Das führt zum Bauern im großen und mit großen Bauteilen. Der Ziegelbau werde immer mehr zurückgedrängt. Neben schloß mit einem Hinweis auf den wirtschaftlichen Aufstieg Amerikas, der nicht zuletzt ein Erfolg der Typisierung und der Nationalisierung sei.

In der Aussprache bezeichnet Staatssekretär Sedebit als Ziel der Wohnungspolitik: Gleiches Wohnraum mit weniger Baukosten herzustellen. Alle Sparmaßnahmen seien selbstgeschlagen. Stahlbau seien unwirtschaftlich und die Occident-Bauweise zu kompliziert und hauptsächlich auch unrationell. Der Ziegelbau ist allen anderen Bauweisen vorzuziehen. Es müsse versucht werden, ihn zu verbilligen und zu verbessern. Dazu sei eine weitgehende Typisierung der Hausformen und der einzelnen Bauteile notwendig. Dies sei leichter aber vielfach an den Kleinbauten. Die Bauteile müssen dort hergestellt werden, wo dies am billigsten geschieht: im Großbetrieb. Ministerialrat Schmidt vom Reichsarbeitsministerium will die Wohnungsnöt mit der Gewährleistung der Ansprüche befähigen. Statt der 70- oder 80-qm-Wohnung bezuziehen. Treffliche Worte der Verteilung fand der Staatssekretär a. D. Sirich für das, was man in Deutschland Wirtschaftspolitik nennt. Wir haben eine große Wohnungsnöt und Bauweise, sowie 2 Millionen Arbeitslose im Lande. Deutsches Geld aber geht ins Ausland. Regierungspräsident Krüger, A. N. B. tritt für das Kleingeld mit Garten ein. In der weiteren Aussprache beteiligten sich noch Baumelster und Architekten aus verschiedenen deutschen Städten, sowie aus Wien und Amsterdam. Wagner hält ein kurzes Schlusswort, worauf sich die Teilnehmer des Wohnungsfürsorgetages auf folgende von Staatssekretär Sedebit und Regierungspräsident Krüger aufgestellte Leitlinie einigten: „Wenn man eine Verbilligung des Wohnungsbaus erreichen wollte, müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden: 1. Typisierung der Häuser, 2. Normalisierung der Bauteile, 3. Zusammenfassung der Bauarbeiten der Bauunternehmer, 4. Herstellung der Bauteile in Massenbetrieben, 5. Vergebung der öffentlichen Mittel (Hauszinssteuer, Arbeitsbeschäftigung, Darlehen für Kriegsbeschädigte und Invaliden usw.) durch eine enge Stelle. Mit diesen Forderungen verbindet sich das von allen Rednern einträchtig besetzte Verlangen nach der Schaffung von Hausbaulaboratorien zum Zwecke des Studiums neuer Baumethoden. Die Stellen, die die Baukostenreduktion betreiben, müssen darauf dringen,

daß diese Voraussetzungen erfüllt werden und ihre Zuschüsse demgegenüber, wenn es nicht der Fall ist."

Das einleitende Memorandum der Tagung wurde durch Richtiger- und Falschführungen sehr wirkungsvoll ergänzt. Ebenso die Ausführungen des Professors Gropius, vom Bauhaus Dessau, der sich in der Aussprache mehr der Förderung der künstlerischen Seite des Großhandelsbauwesens zuwandte, sowie die Ausführungen Bruno Zauß, der sich mit der Groß-Erziehung in Berlin-Werh besaßte. Dieses große Gedächtniswort sowie die Beton-Wandplatten-Wauren in Friedrichshagen waren am folgenden Tage das Ziel der Tagungsteilnehmer.

Die Durchleuchtung der deutschen Wirtschaft.

Am 7. Juni tritt der durch das Gesetz vom 15. April 1926 angeordnete, von der Regierung und den in Frage kommenden Körperschaften berufene Enquete-Ausschuß (Untersuchungsausschuß) zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das Arbeitsgebiet dieses Ausschusses erstreckt sich auf die Untersuchung der Erzeugung, des Absatzes und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Eine gewaltige Aufgabe, die einem engeren Gremium von nur 30 Personen zu bewältigen überlassen wird. Die Gewerkschaften, werden die Arbeiten des deutschen Enquete-Ausschusses mit dem größten Interesse verfolgen. Es ist doch ihr ureigenster Boden, der hier von Sachleuten einer eingehenden und genauen Untersuchung unterzogen werden soll. Fast das gesamte Programm des Ausschusses ist für den gewerkschaftlichen Kampf sehr wichtig. Hierbei ist es im Gesetz bereits vorgesehen, daß die Frage der Arbeitszeit und Arbeitsleistung eine besondere Berücksichtigung erfahren soll. Bestimmte Teile der Industrie, vor allen die Bergbau und Hütten, halten mit allen Mitteln versucht, diese "Durchleuchtung" der deutschen Wirtschaft von "Inbuckern" zu verhindern. Bei der Regierung aber regte die Verneinung; nicht zuletzt durch das Drängen unserer Vertreter in den Parlamenten.

Zu der deutschen Wirtschaft gibt es kein Beispiel für die Bedeutung und Auswirkung einer solchen umfassenden Wirtschaftsenquete. Die internationalen Verhandlungen über die deutschen Kartelle in den Jahren 1902 bis 1905 umfassen nur ein Teilproblem der deutschen Wirtschaft und dennoch ist ihr Ergebnis an fünf hundert Bänden in Lexikonform angeordnet. Andere Länder, vor allem England und Amerika, sind in dieser Beziehung bedeutend weiter. Dort wurde die "Durchleuchtung" der Wirtschaft zu verschiedenen Malen vorgenommen. Hierbei mag daran erinnert werden, daß der deutsche Reichstag erst seit der Umwälzung ein Enqueterecht hat, während die englischen Parlamente dies seit langem besitzen und zu handhaben wußten. Neben den Parlamentsausschüssen, den sogenannten Select Committees, ist in England des öfteren ein Enquete-Ausschuß in Tätigkeit getreten, der von der Regierung ernannt wird und unter dem Namen Royal Commission bekannt geworden ist. Der deutsche Ausschuß, der jetzt in Tätigkeit tritt, dürfte mit dieser Royal Commission einige vertraute Züge haben.

Der deutsche Ausschuß wird, entsprechend dem Gesetz vom 15. April 1926, von der Reichsregierung ernannt. Die Regierung hat das Recht, von sich aus neun Mitglieder zu bestimmen. Der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat bestimmen die gleiche Zahl, außerdem kann der Ausschuß sechs Mitglieder kooperieren, heißt, weilers sechs Personen der Regierung zur Berufung vorgeschlagen. Die Mitglieder des Ausschusses besitzen die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Reichsregierung bestimmt den Vorsitzenden des Ausschusses, nachdem sie sich mit wenigstens ein Drittel der Mitglieder einigt hat. Der Vorsitzende ist nicht Mitglied des Ausschusses, kein Beauftragter und auch nicht Vertreter der Regierung. Einmündig steht dem Vorsitzenden nicht zu. Aber im übrigen verfügt er über ganz einschneidende Befugnisse. Für jeden Staatsbürger besteht die Verpflichtung, ein Gutachten zu erstatten und Aussagen zu machen. Der Vorsitzende hat das ausschließliche und nicht übertragbare Recht, die Auskünfte- und Gutachtenpflichten zu ergreifen. Die Gutachten oder bei Unpünktlichkeit kann der Vorsitzende von Gutachten oder bei Unpünktlichkeit kann der Vorsitzende eine zweimündige Geldstrafe bis zu 2000 M. verhängen. Das dem Vorsitzenden verhängene Recht der eidlichen Vernehmung kann er auch auf andere Mitglieder des Ausschusses übertragen. Die Geschäftsordnung und der Arbeitsplan des Ausschusses wird von ihm selbst im Benehmen mit der Reichsregierung festgestellt.

Dies in kurzen Worten die Rechte und die allgemeinen Bestimmungen des Ausschusses. Man kann erkennen, welche außerordentlichen Befugnisse dem Vorsitzenden in die Hand gegeben sind. Aus diesem Grunde ist es selbst zu wünschen, daß der Vorsitzende nicht etwa den Interessenzentren entnommen wird. Auch dürfte eine stark politische Einstellung des Vorsitzenden nach rechts unerwünscht sein. Als Vertreter der modernen Arbeiterbewegung im Ausschuß wurden bisher genannt: Dr. Rudolf Silberding (Schleiermacher), Robert Schmidt und Dr. Kapstadt und Dr. Waabe; ferner Wilhelm Eggert und Fritz Larnow (Wertheimer) E. Schweißel und Hermann Käfel. Wir können wohl der Neugierzeugung sein, daß diese Gewerkschafter und Genossen für eine sachgemäße Vertretung der Arbeiterchaft die beste Gewähr bieten.

Die Aufgaben des Ausschusses sind sehr groß. Deutschland hat ein sehr bezweites Wirtschaftswesen, das auf eine jahrhundertlange Entwicklung zurückzuführen kann. Trotz aller Einrichtungen des Staatlichen Reichsanwalts und anderer öffentlicher und privater Organe war es bisher nicht möglich, ein objektives Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen zu gewinnen. Die Betriebs- und Gewerbeverhältnisse vom Jahre 1882 und 1907 bilden noch heute die Vergleichsmasse für einzelnen Berufs- und Gewerbegruppen. Die Ergebnisse der vorjährigen Betriebs- und Verfassung sind noch nicht veröffentlicht. Es bieten auch lediglich ein überflüssiges Gesamtbild. Es fehlt also immer noch an einer Durchdringung der ganzen Wirtschaft, an einer Entschärfung der verwinkelten Verhältnisse, und dazu kann der Ausschuß beitragen. Er muß einsehen mit der spezifischen Untersuchung der großen Wirtschaftskreise: Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, Groß- und Kleinhandel, Landwirtschaft, Baugewerbe, Bergbau, Handwerk, und dann die übrigen Teile der Wirtschaft.

Unfallverhütungsmittel der Tiefbau-Berufsgenossenschaft

Falsch



Richtig



Gebraucht Schutzbrillen!

Von nicht zu unterschätzendem Wert wird es sein, die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige für die deutsche Volkswirtschaft kennen zu lernen. Die Rohstoffindustrie und die Landwirtschaft werden heute vielfach als die wichtigsten Gewerbezweige betrachtet, wofür auch der übertragene politische Einfluss spricht, den sie ausüben. Trotzdem liegt der Schwerpunkt der deutschen Volkswirtschaft in der verarbeitenden Industrie; hier werden die großen Massenmassen beschäftigt. Nicht minder wichtig ist das Verhältnis der Banken zur Industrie. Die Banken wurden früher als die Kommandeure des Wirtschaftslebens betrachtet; es wäre wünschenswert, zu wissen, ob und inwieweit dies heute noch zutrifft. Die Fragen der Kreditvergabe, der steuerlichen Belastung der Industrie, der sozialen Belastung der Arbeitsleistung, der Arbeitszeit, Höhe und Verteilung der Lohnsummen und des Nationalvermögens, die Höhe des Warenumschlages, der Umfang des Außenhandels und dessen Aktivität, die Absatzverhältnisse der deutschen Waren im In- und Ausland, im europäischen sowohl als auch außer-europäischen Raum sind nur zu erwähnen, um ihre große Bedeutung für das tägliche Leben für den gewerkschaftlichen Kampf und für die politische Machtverteilung zu erkennen. Hinzu kommen noch so wichtige Fragen, wie die Wirkung der Kartellierung, die Auswirkung und Bedeutung der Nationalisierung, der Umstellung der deutschen Industrie, die internationalen Verbindungen der Industrie, des Handels, der Banken und anderes mehr. Alles Fragen, die der dringenden Behandlung harren. Eine Detailarbeit findet also der Ausschuß vor. Er wird sich vorerst darauf beschränken müssen, einige typische Industrien und allgemeine Gebiete herauszugreifen, wenn er sich nicht in einem Irrgarten unerschöpflicher Aussprüche und Fragestellungen bewegen oder an aufstapelndem Material ertrinken will. Die vorgesehenen Untersuchungen werden die Hauptarbeit zu leisten haben. Der sozialpolitische Ausschuß wird für die Gewerkschaftsbewegung besonders wichtig sein.

Die Gewerkschaften sehen den Ergebnisse der deutschen Wirtschaftsenquete mit voller Aufmerksamkeit entgegen. Was hier geschaffen wird, hat Bedeutung für alle Zukunft. Es ist Gelegenheit gegeben, den gewaltigen Körper der deutschen Wirtschaft unter dem Scheinwerfer kritischer Wirtschaftserkenntnisse abzufinden. Der Ausschuß, in dem unsere Vertreter vollberechtigt sitzen, kann als ein Anfang der demokratischen Durchdringung der Wirtschaft betrachtet werden. Möge ersprießliche Arbeit das Ergebnis der ersten großen Wirtschaftsenquete sein; das ist der Wunsch der gewerkschaftlich organisierten Hand- und Kopfarbeiter.

„Kauf Inlandswaren!“

In einigen Ländern hat eine, vielfach von den Behörden unterstützte Propaganda für die Bevorzugung der einheimischen Erzeugnisse an Stelle der ausländischen eingeleitet. Kürzlich hat der faschistische Ministerial in Italien die Auffstellung eines Instituts zur Propagierung des Konsums von nationalen Produkten beschlossen, das mit Vorträgen, Wohlfühlten Messenplaneten, den Verbrauchenden den Kauf von italienischen Waren aus wirtschaftlichen und patriotischen Gründen ans Herz legen soll. Auch die österreichischen Behörden Unternehmensverbände beauftragen ähnliche Propagandafeldzüge. Es ist weiter nicht verwunderlich, wenn in einem Land Propaganda für die Erzeugnisse der nationalen Industrie gemacht wird, zumal die Ursache der vermehrten Einfuhr oft in der Zeit in Konjunkturschwächen liegt, die keinen zwingenden Charakter haben und auf die man durch Umstellung auf inländische Produkte ohne große Schwierigkeiten verzichten könnte. Trotzdem spielt sich in dieser Propaganda auch die gegenwärtige Weltverwirrung der Weltwirtschaft wieder.

Weshalb machen der Staat oder die Unternehmer für inländische Verbrauchartikel eine starke Propaganda? Der Grund ist der gleiche, der vielfach auch für die Errichtung der Schutzzölle angeführt wird: „Man hat uns durch Ab-

sperrungsmaßnahmen die ausländischen Märkte verschlossen, und so müssen wir uns durch die Sicherung des inneren Marktes schadlos halten.“ So führt die Absperrung des inneren Landes folgerichtig zur Absperrung des äußeren, zum Wirtschaftskrieg aller gegen alle. Manche Unternehmer beruhen bei dieser Absperrung ihr Schicksal aufs Trockene zu bringen und ihre Gewinne durch Ausbeutung des inneren Marktes zu steigern. Diese sind es dann freilich, die am heftigsten die Trommel für die Propaganda rühren. So erzeugen sie eine Atmosphäre, in der die Wirtung der Mauer, die die Wirtschaften voneinander trennen, außerordentlich erschwert wird.

Die Abwehrkräfte, die sich bei der Propaganda „Kauf Inlandswaren!“ ergeben, können jedoch nicht berücksichtigt werden. Einmal muß man sich fragen: Wie steht es mit der Ausfuhr? Die Industrieländer, die die Propaganda für die Inlandswaren machen, wollen ja selbst nicht auf die Ausfuhr verzichten. Sie müssen ihre Waren ausführen, weil sie wegen ihrer wirtschaftlichen Eigenart auf eine umfangreiche Ausfuhr dringend angewiesen sind. Oft bemangelt der innere Markt ihre Waren unter keinen Umständen aufzunehmen; sei es, weil ihr Wirtschaftsgut für die Ausfuhr eingestellt ist, wie dies bei England, der Schweiz, Desterreich u. d. R. der Fall ist. Andere müssen ausführen, um die Rohstoffeinfuhr bezahlen oder um ihren ausländischen Schuldverpflichtungen nachkommen zu können. Viele Länder sind wegen der übermäßigen Ausbeutung ihrer Industrie gezwungen, den Ausschuß ihrer Produktion an das Ausland abzugeben. Es hat sich nur ein schonungsloser Kampf um die Eroberung der Weltmärkte entwickelt. Die reichen Länder, wie die Vereinigten Staaten, können ihre Ausfuhr durch gleichzeitige Kreditgewährung fördern, die anderen bedienen sich anderer Mittel. Die Geldentwertung war für eine Anzahl von Ländern die beste Förderung für die Ausfuhr, wie in der letzten Zeit in Frankreich, Belgien und Italien. Aber dieser „glückliche“ Zustand kann nicht ewig dauern, die Produktionskosten erhöhen sich auch in diesen Ländern. Je anhaltender die Geldentwertung, um so rascher geht der Anpassungsprozess vor sich, um so stärker steigen die Produktionskosten, um so mehr verschwindet der Vorprung bei der Ausfuhr. Zumal da die Industrieländer mit stabilisierter Wertaufstellung zur Wehr stehen müssen: durch Nationalisierung ihrer Produktion. Durch Umstellung auf niedrigere Qualitäten beruhen sie den Vorteil der Industrien mit Geldentwertung auf dem Weltmarkt weitzumachen. Die wirksamste Waffe ist aber, der Schuldverausfuhr der balatidischen Länder eine andere Schuldverausfuhr entgegenzustellen. Die Industrien der Länder mit stabilisierter Wertaufstellung verkaufen vielfach zu Weltmarktpreisen. Das Ausfuhrdämpfung hat einen Umfang angenommen, wie er bisher unbekannt war. Es dämmert aber bereits die Erkenntnis, daß es bei diesem Zustand nicht bleiben kann, wenn nicht die Industrien sich selbst den Akt, auf dem sie sitzen, abgeben wollen. Soll aber die Ausfuhr in normale Wechten zurückgestellt werden, so ist die Sicherung des inländischen Marktes durch Abwehrmaßnahmen und die künstliche Erzeugung der Ausfuhr durch Dumping der denkbar schlechteste Weg.

Die Propagandisten des Schlagwortes: „Kauf Inlandswaren!“ können noch sagen: „Wir wollen ja die Gewinnung des inneren Marktes nicht unbedingt durch Schutzzölle erzwingen, wir möchten unsere Handelsleute nur überzeugen, daß sie besser tun, wenn sie die Waren der inländischen Industrie kaufen.“ Man muß sich aber fragen, ob nicht die Voraussetzungen für den Erfolg einer solchen Propaganda fehlen? Die Voraussetzung für die Verdrängung des inländischen Absatzes ist die Willigkeit der inländischen Waren und das Vorhandensein der Einkommen, mit dem diese Waren gekauft werden können. Diese beiden Voraussetzungen bedarf nicht weitgehend, wenn auch nicht ganz; denn bei sehr zurückgegangenen Einkommen, bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, können die von der bezögerten Industrie erzeugten Warenmassen, selbst wenn sie billiger sind, nicht abgesetzt werden. Was geschieht aber in dieser Richtung, selbst wenn wir von der verteuerten Wirkung der Schutzzölle zunächst absehen? Die oben ausgeführte künstliche Umwandlung der Ausfuhr zu Schuldverpreisen geschieht nun dadurch, daß die Preise im Inland hochgehalten werden. Für die Ermöglichung der Ausfuhr müssen also die inländischen Verbraucher aufkommen: die Preise werden höher. Es werden Rohstoffartikelle geschaffen, die so fest organisiert sind, daß die ausländische Konkurrenz überhaupt nicht in Frage kommt. So ist zum Beispiel das deutsche Eisenartell stark genug, um bereits die Eisenhändler soweit unter seine Notmäßigkeit zu bringen, daß die Einfuhr dieser Rohstoffe für die meisten Teile des Landes fast unmöglich ist. Diese Industrie ist also auf die Propaganda: „Kauf inländische Waren!“ überhaupt nicht angewiesen. Die Folge ist aber die Verteuerung der Waren für die verarbeitende Industrie, die gestreift ist, durch Errichtung eigener Kartelle die Preise hochzuhalten. Es wird eine großzügige Nationalisierung der Industrie-Produktion durchgeführt. Die Früchte dieser Nationalisierung werden jedoch nicht von den Verbrauchern, sondern von den Unternehmern geerntet. Diese erzielen höhere Gewinne und Sondergewinne, die dann zur Verneuerung der Produktionsmittel verwendet werden, deren Endprodukte unverändert bleiben müssen. Durch die Nationalisierung wird aber Arbeitskräfte freigesetzt, die Arbeitslosigkeit wird erhöht und damit fällt der Einkommensstrom, der dem Ankauf der inländischen Erzeugnisse dienen sollte, aus. Die Löhne und Gehälter der weiten Beschäftigten werden aber nicht erhöht, die gesamte Lohn- und Gehaltssumme wird nicht gesteigert. Wie sollen die Verbraucher unter solchen Umständen die inländischen Erzeugnisse in erhöhtem Umfang kaufen, wo diese aus den geschiedenen Gründen viel teurer sein müssen, als die Einfuhrwaren, und wo die Verbraucher, was noch schlimmer ist, überhaupt nicht in der Lage sind, ihren Verbrauch zu steigern. Solange diese schädliche Wirtschaftspolitik weitergeführt wird, kann zwar die Einfuhr gedockt werden, sie wird aber nicht zu einer gesunden Erweiterung des inländischen Marktes führen. Eine Propaganda für den Kauf von inländischen Waren darf daher nicht einer solchen falschen Wirtschaftspolitik Vorschub leisten. Die Ersarkung des inneren Marktes kann nur durch Verbilligung der Waren, durch Vergrößerung und gleichmäßigere Verteilung der Einkommen der Verbrauchermassen erreicht werden.

Die staatliche Unterstützung des Privatkapitals.

Zum künftigen Programmpunkt aller Zusammenkünfte von Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken in den letzten Jahren gehörte die Frage über die Refinanzierungspolitik des Reiches und der Länder. Das Reich erhebt, so erklärte man, viel zu viel Steuern, und es wäre an der Zeit, daß eine fühlbare Steuerentlastung Platz greifen müßte. Mit Steuerentlastungen ist natürlich nicht die breite Masse belastenden Steuern und Abgaben, sondern die Steuern, die von den Unternehmungen aufgebracht werden müssen. Wie ein Sohn müßte es demgegenüber an, wenn man an das Reich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zwecks einer Entlastung bestimmter Industriezweige oder einzelner Unternehmungen herantrat. Wenn irgendwo eine Industrie oder ein gewisses Unternehmen in Schwierigkeiten geriet, dann mußte man den Weg zum Reichsfinanzministerium oder zu den Finanzministern der Einzelstaaten zu finden. Und man fand es durchaus in der Ordnung, daß die öffentlichen Körperschaften überall einzugreifen hätten. Woher das Reich aber die Mittel nehmen sollte, wenn die gewünschten Steuerentlastungen in vollem Umfang durchgeführt würden, darüber machte man sich nicht die geringsten Gedanken. Wahrscheinlich fand man es in der Ordnung, daß die Reichsfinanzen auch noch die Gelder für die umfangreichen Subventionen erbringen müßten.

Die wirtschaftliche Betätigung des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist seit der Bildung der modernen Staatsformen mannigfachen Veränderungen unterworfen gewesen. Ein Zeitalter des Merkantilismus, wo sich der Lebensgang von fast allen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem hin wandern machte, gehörte die künstliche Förderung bestimmter Industriezweige durch den Staat zur alltäglichen Erscheinung. Napoleon hat hierin Großes geleistet, und in Preußen war es namentlich Friedrich III., der die Hilfe und die Mittel des Staates zur Errichtung und zum Schutz neuer Industrien und zu deren Abfederbarkeit einsetzte. In der liberalen Wirtschaftsepoche, wo der Gedanke des Marktstretums zur herrschenden Richtung geworden war, glaubte man den Schutz und die Hilfe des Staates entbehren zu können. Der Grundgedanke Laissez faire laisset aller wurde Trumpf. Doch mit dem Uebergang Deutschlands vom Agrar- zum Industrieland, hauptsächlich nach der großen Krise der 70er Jahre, hatte die Markttheorie in Deutschland ihren Boden verloren. Die Bismarcksche Schutzpolitik im Jahre 1879 leitete ein neues Zeitalter ein. Dennoch gehörte die Einziehung von finanziellen Mitteln finanzieller Natur zur Seltenheit. Erst die Nothzeit leitete die Voraussetzungen für eine neue Wirtschaftspolitik der öffentlichen Organe. Mehr als zu irgendeiner Zeitperiode ist der Staat von heute mit den wirtschaftlichen Interessen des Landes verbunden. Die Reparationsfrage namentlich bringt das Reich in die Verflechtungen der nationalen und internationalen Wirtschaft. Ein Vergleich der Lageordnungspunkte des Reiches vor dem Kriege und jetzt zeigt mit aller Deutlichkeit, in welchem Maße Wirtschaftspräsidenten die politischen Körperschaften beschäftigen. Doch etwas grundsätzlich Neues, wenigstens in so breiter Form, ist die finanzielle Unterstützung, die das Reich, die Länder und die Gemeinden der privaten Wirtschaft in den letzten Jahren angebrochen lassen. Und hier haben sich recht bedenkliche Formen bemerkbar gemacht. Bedenklich vor allem deshalb, weil die finanziellen Mittel der öffentlichen Organe durchwegs nicht immer in die richtigen Hände geleitet wurden. Die deutsche Industrie durchläuft eine Periode der Umschwüngen. Und hier kann nicht alles bestehen bleiben, was sich, teilweise in den abnormen Verhältnissen des Krieges und der Inflation, entwickelt hat. Im Gegenteil, die Durchföhrung der Rationalisierung verlangt die Ausschöpfung des von der Entwicklung Leberholten und Ueberflüssigen. Verzicht auf finanzielle Mittel und Arbeitskräfte in überflüssigen Industriezweigen widerpricht dem Gedanken der Rationalisierung. Leider muß festgestellt werden, daß die Mittel des Staates diesen Grundgedanken missachtend angewendet wurden. Wenn zum Beispiel der Fischbau und die Fischzucht in 9 Millionen Mark vom Reich erhalten sollen, so muß man daran erinnern, daß dieser Gewerbebezirk erst in der Krieges- und Nachkriegszeit des Rohstoffmangels wegen künstlich emporgesetzt wurde, und es erscheint zweifelhaft, daß auch für alle Zukunft der deutsche Fischbau Lebensfähigkeit besitzt.

Die Gelder, die das Reich in der letzten Zeit in Form von Garantien und Krediten der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat, werden auf mehr als drei Viertel Milliarden Mark geschätzt. Dazu tritt noch der Kredit in Höhe von 800 Millionen Mark und die Summen, die über den Weg der öffentlichen Finanzinstitute (Reichsbank, Reichskreditanstalt, Preussische Staatsbank, Preussische u. a.) ausgeteilt worden sind. Im „Wirtschaftsdienst“, Nr. 21, vom 28. Mai, finden wir eine Zusammenstellung der 1925 gewährten Kredite und der übernommenen Garantien. Danach wurden Kredite unter anderem gewährt:

Table with 2 columns: Unternehmen, Kredite. Includes entries like Vulkan-Werke (7,5 Mill. Mark), Mannesmann-Wulag (8,5 Mill. Mark), etc.

Ein nicht geringer Teil dieser hier aufgezählten Kredite wurde für die Landwirtschaft verwendet. Und trotzdem das Gefühl, daß diese Leute auf ihren Zugunsten zu erheben pflegen. Nach einer Mitteilung des Reichsbankpräsidenten sind zur Finanzierung der Ernte nicht weniger als 750 Millionen Mark Rentenbank- und 280 Millionen Mark Reichsbankkredit ausgegeben worden. Und wenn man nun diese direkte Unterstützung des Staates an

die private Wirtschaft überblickt, dann muß man zu der Frage kommen: Was wird eigentlich zur Erhaltung der Arbeitskraft der breiten Masse ausgegeben? Schließlich ist die Erhaltung der Gesundheit der großen Bevölkerungsschichten nicht minder wichtig, als das Durchhalten bestimmter Industriezweige. Die Arbeitslosenunterstützungen müssen zum großen Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht werden. Was dem einen recht ist, sollte dem anderen billig sein. Wenn schon Staatssubventionen in beschwerdlicher Fülle für die private Industrie ausgeben werden, dann muß man auch gegebenenfalls an die Subventionierung der lebendigen Arbeitskraft denken. Denn nicht immer haben jene Kredite zur Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gedient. Der Verlauf der Krise wird zeigen, was das Reich und die Länder gegebenenfalls auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten übrig haben.

Geschäftsordnung des zentralen Schiedsgerichts für das Baugewerbe.

Das zentrale Schiedsgericht hat sich in seiner Sitzung am 27. Mai eine Geschäftsordnung gegeben. In ihrem ersten Teil bestimmt sie, daß das Schiedsgericht jeweils im letzten Drittel des Monats tagt, zu dessen Ende bezirkliche Lohnabkommen gekündigt werden können. Ferner werden die Fragen der Zuständigkeit, der Zusammenfassung und der Weisung geregelt und bestimmt, daß der Schriftwechsel des Schiedsgerichts mit den Parteien ausschließlich durch die zentralen Verbände geht. Ueber die Vorbereitung der Sitzungen bestimmt § 4 der Geschäftsordnung folgendes:

- „Das zentrale Schiedsgericht kann sowohl von den zentralen, wie von den bezirklichen Verbänden angereuert werden. Die Anträge an das zentrale Schiedsgericht sind jeweils in 18 Ausfertigungen einzureichen und zwar: 1. Ausfertigung für den unparteiischen Vorsitzenden; an das Reichsarbeitsministerium; 8 Ausfertigungen für den unparteiischen Beisitzer der Arbeitgeberverbände; an den Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; 9 Ausfertigungen für den unparteiischen Beisitzer der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerverbände; an den Deutschen Bauarbeiterverband. Die Anträge sind jeweils spätestens bis zum 20. des Monats einzureichen, in dessen letztem Drittel das zentrale Schiedsgericht tagt. Den Anträgen ist eine Begründung beizufügen.“

Die Bauvereinigungen und die Ortsgruppen der übrigen an zentralen Schiedsgericht beteiligten Verbände können also nicht das Schiedsgericht anrufen. § 5 bestimmt, daß Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, nur mit Zustimmung aller Parteien behandelt werden können. Die Verhandlungsförmen selbst werden geregelt in den §§ 6 bis 9. In diesen Paragraphen ist die im Schlichtungsstellen löstige Verhandlungsform festgelegt. Die letzten beiden Paragraphen (10 und 11) regeln die Kostenfrage und das Inkrafttreten der Geschäftsordnung.

Anmeldung der Baulegearten.

Da die schriftliche Anmeldung der Baulegearten vielfach Schwierigkeiten herbeiführt, haben die Arbeitgeberorganisationen beantragt, daß zur Entgegennahme der Meldungen auch die Vertreter des Unternehmens auf der Baustelle (Polier, Schichtmeister, Bauführer usw.) befugt sein sollen. Die Unternehmervertreter stimmten diesem Antrage zu, und es wurde dann eine entsprechende Ergänzung des § 2 der Vereinbarung über die Betriebsvertretung im Baugewerbe vom 9. Oktober 1924 beschlossen. Diese neue Bestimmung ist von einzelnen Unternehmern und in einem Ortsverband des Arbeitgeberverbundes für das Baugewerbe dahin ausgelegt worden, daß „Stellvertreter“ des Unternehmens nur Angestellte mit Prokura oder einzelne mit größeren Aufgaben betraute Bauleiter, nicht aber Poliere und Schichtmeister, sind. Der Bundesvorstand wandte sich deshalb an das Zentralschiedsgericht, es möge bei der nächsten Tagung die Vertreter der Unternehmerverbände fragen, wie sie das Wort „Stellvertreter“ im § 2 der Vereinbarung über die Betriebsvertretung im Baugewerbe auslegen. Darauf hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts am 1. Juni geantwortet:

Das zentrale Schiedsgericht ist für die Beantwortung der gestellten Frage nicht zuständig. Die amtierenden Arbeitgebervertreter sowie die drei unparteiischen waren sich aber darüber einig, daß unter „Stellvertreter“ des Arbeitgebers im Sinne der Vereinbarung (§ 2) nicht nur Angestellte mit Prokura, sondern alle Angestellten, die tatsächlich mit der Stellvertretung des Arbeitgebers betraut sind (wie Poliere, Schichtmeister, Bauführer usw.) zu verstehen sind. Hierzu rechnen natürlich nicht etwaige Hilfskräfte dieser Angestellten.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez.: Spiegelhof. Wenn sich auch das Schiedsgericht in dieser Frage nicht als zuständig erklärt, so hat doch immerhin diese oberste Schlichtungsstelle für das deutsche Baugewerbe ihrer einmütigen Auffassung dahin Ausdruck verliehen, daß mit der Abgabe der schriftlichen Anmeldung der Baulegearten beim Polier, Schichtmeister, Bauführer oder einer anderen Person, die auf der Baustelle den Unternehmer vertritt, das Amt des Baulegearten begonnen hat. Er genießt damit auch sofort den rechtlichen Schutz der Vereinbarung über die Betriebsvertretung im Baugewerbe.

Das Baugewerbe der sächsischen Oberlausitz in der Statistik der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Die Sächsische Baugewerksvereinsgenossenschaft, Sektion V, Bauten, veröffentlicht eine Statistik über die Unfallversicherung im Baugewerbe der sächsischen Oberlausitz. Die Statistik bietet lehrreiche Aufschlüsse über den Stand und die Entwicklung des Baugewerbes der Oberlausitz in den letzten 25 Jahren.

Während sich bei anderen Industriezweigen allgemein die Zahl der Betriebe wegen des immer mehr vorwiegenden Großbetriebes verringert, ist dies in Oberlausitziger Baugewerbe nicht der Fall. Im Jahre 1900 befanden sich dort 1060 Betriebe mit 12 797 Arbeitern. Im Jahre 1925 — also

25 Jahre später — gab es dort 1096 Betriebe mit 11 119 Arbeitern. Die Zahl der Betriebe hat sich also um 86 vermehrt, während sich gleichzeitig die Arbeiterzahl um 1688 verringert hat. 1900 entfielen auf einen Betrieb im Durchschnitt 12 Arbeiter, im Jahre 1925 aber nur 10,16. Durch den Jahre 1920 — dem ersten Nachkriegsjahr, von dem Angaben vorliegen —, wo es 985 Baubetriebe gab, hat sich ihre Zahl um 111 vermehrt. Die Zahl der Arbeiter (stieg insgesamt um 726. Also eine verhältnismäßig geringe Zunahme. Die Zunahme der Betriebe steht aber auch in einem gewissen Widerspruch zu der oft gehörten Behauptung, das Baugewerbe sei heute nicht so leidend. Auch die so lebhaft bekämpfte Wohnungswirtschaft scheint nicht von dem angeblich so schlimmen Wirkung zu sein, wie die Unternehmer es immer darzustellen. Wäre das der Fall, dann hätte die Zahl der Betriebe nicht diese Steigerung erfahren. Die höchste Arbeiterzahl weist das Jahr 1922 mit 18 001 auf, die niedrigste 1906 mit 8395. Die Zahl der geleisteten Arbeitskräfte ist am höchsten im Jahre 1925. Sie beträgt 3 075 833. Auf einen Arbeiter entfallen danach im Durchschnitt 276 Arbeitskräfte. Diese Zahl ist außerordentlich günstig. Im Jahre 1924 wurden nur 2 475 162 Arbeitskräfte geleistet, mithin kamen auf einen Arbeiter nur 230 Arbeitskräfte. Noch ungünstiger ist das Jahr 1920, wo nur 2 284 842 Arbeitskräfte geleistet wurden, so daß auf einen Arbeiter nur 220 Arbeitskräfte im Jahr entfielen.

Die Statistik zeigt ferner, daß die Löhne in der Oberlausitz in der Nachkriegszeit außerordentlich niedrig waren. Im Jahre 1900 betrug das Jahresdurchschnittslohn ein- und mehrerer Bauarbeiter 587 M. Fünf Jahre später betrug es 623 M., im Jahre 1910 stieg es auf rund 750 M. Dieser Fortschritt ist der Anfangsperiode der Gewerkschaftsbewegung, die erst in den Jahren nach 1900 unter den Bauarbeitern der Oberlausitz festen Fuß fassen konnte. Im Jahre 1925 betrug das Durchschnittseinkommen 1732 M. Wir haben bereits betont, daß das Jahr 1925 das günstigste Beschäftigungsjahr ist, was sich natürlich auch im Lohn ausdrückt. Ohne die Gewerkschaften wäre dieses Einkommen aber nicht in entfernterem Maße erreicht worden.

Ein trübes Kapitel sind die Unfälle im oberlausitzigen Baugewerbe. Die Statistik meldet für 1900 nicht weniger als 324 Unfälle. Rentenempfänger wurden 534 gezählt; diese Zahl erhöhte sich bis zum Jahre 1905 auf 849. 1910 erzielten sich 859 Unfälle. Im gleichen Jahre gab es 691 Rentenempfänger. Im Jahre 1925 erreicht die Unfallzahl mit 435 Unfällen ihren Höchststand. Rentenempfänger wurden im Vorjahre 742 gezählt. In den 40 Jahren von 1885 bis 1925 sind in der Oberlausitz insgesamt 11 109 Unfälle gemeldet worden. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß unsere Forderung nach besserem Bauarbeiterchutz voll und ganz berechtigt ist.

Die Arbeitslosigkeit in den Deutschen Baugewerksvereinsgenossenschaftsergebnis vom 25. Mai 1926.

Table with columns: Baugewerksverband, Zahl d. Bauarbeiter, Zahl d. Arbeitslosen, etc. Lists various associations and their statistics.

Der Stand der Arbeitslosigkeit ist fast derselbe geblieben wie in der Vorwoche. Von 691 Baugewerksvereinsgenossenschaften waren 683 mit 311 468 Mitgliedern berichtet. (In der Vorwoche waren es 607 mit 316 245 Mitgliedern.) Aus den Bezirksverbänden Berlin und Magdeburg hatten diesmal sehr viele Baugewerksvereinsgenossenschaften nicht berichtet. Von den 311 468 von der Zählung erfassten Mitgliedern waren 71 520 arbeitslos, gegen 73 687 in der vorigen Woche. Das sind vom Mitgliederbestand 22,96 gegen 23,29 in der Vorwoche. Die höchste Arbeitslosigkeit hat wieder der Bezirk Köln mit 42,1%. Ueber 30% haben ferner noch Danzig mit 38,8%, die Bezirke Dortmund mit 38,7%, Königsberg 33,0% und Nürnberg mit 31,7%. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Bremen mit 10,9%, Magdeburg 13,0%, München 14,7% und Hamburg mit 15,4%. Müller waren arbeitslos 29 857 (in der Vorwoche 30 806), Bauarbeiter 29 651 (30 280), Erdarbeiter 5396 (5600).

Streiks und Lohnbewegungen

Mauer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Geperst ist in Bielefeld, in Borna die Bauten des Bergbauischen Vereins, Brandis (Tiefbau), Schwiege, Meile.

Typen: Geperst ist für Dönsfelder in Burg bei Magdeburg die Firma Uhlmann, Münster, Schlegel, Köstner, Stuttgart und in Ziegenhof Otto Krause. Auch nach Godingen i. A. und in Hohenleipsch ist für Scheibenhöfer der Zug ferngehalten. In München sind die Dönsfelder ausgeperst.

Fliesenleger: Ausgeperst sind die Kollegen im Rheinland.

Aus den Baugewerkschaften

Das. (Ein Recht in Karpfenfeld!) Am 1. Juni hatte die freie Baugewerkschaft in Felsenberg Quartals zwecks Freispredung der ausgerichteten Lehrlinge. Das harmonische Zusammensein von Meister und Gesellen hatte äußerlich dadurch einen besonders guten Anstrich, daß den Meistern ein weißgekleideter Julek reserviert war, während die Gesellen an ungeheuren Tischen saßen. Nach der Freispredung der Lehrlinge verließen die Meister den Saal und hielten in einem andern Zimmer eine kleine Konferenz ab. Solange Meher, der zufällig in Felsenberg amofend war, wollte unfern sich in der Zimmingsberammlung befindenden Vertrauensmann sprechen. Da ihm mitgeteilt wurde, daß die Zimmingsberammlung beendet ist, suchte er unsern Vertrauensmann im Saale auf. Num war Meher im Saale, da war auch die Konferenz der Meister schnell beendet, und sie erschienen, mit ihrer Zigarre und Wertschöpfen versehen, am Saale an ihren weißgekleideten Tischen. Nun ging ein Ginübersehen zu dem Platte Meher's los. Endlich schien man einig geworden zu sein. Der Baununternehmer und Kuppelgändler Ganohm mußte anfragen, wie der III Gewerkschaftssekretär Meher in den Saal gekommen sei; es sei doch keine politische Berammlung. Nach Meinung der Meister sei er nach Felsenberg bestellt worden, um die Zungegellen den Bunde zuzuführen. Dafür werden die Kollegen auf den Bauustellen schon sorgen. Unter den Felsenberger Meistern gibt es auch einige, auf die das Bild der zünftigen Bauhandwerker sehr gut paßt: „Des Montags, des Montags, da tun die Kratter prahlen, und wenn der liebe Sonntabend kommt, dann können sie nicht begreifen!“ Soffentlich sehen die Felsenberger Bauhandwerksgesellen ein, dieser neuartigen Baukunst überholt ist. Die Interessen der Meister sind eben andere als die der Gesellen. Die Interessen der Gesellen werden nur vom Baugewerksbund vertreten.

Aus den Fachgruppen

Glas.

Bremen. (Submissionsblüte.) Um die Ausföhrung der Glaserarbeiten im neuen Verwaltungsgebäude des Elektrizitätswerkes hatten sich 13 Glasermeister beworben. Derjenige war H. W. Müller; er verlangte 5609 M., während Fr. B. A. Mann als billigster die Arbeit für 4117 M. ausführen will. Die anderen Angebote bewegten sich zwischen 4141 und 5612,75 M. Wer dabei am richtigsten geredet hat, mögen die Herren unter sich ausmachen. Der tarifliche Stundenlohn für Glasergehilfen über 20 Jahre beträgt jedenfalls einheitlich 1,14 M. Ob die Differenz von 1528 M. zwischen Höchst- und Mindestangebot im Material oder im Profit zu suchen ist, das zu erfahren, wäre sehr lehrreich.

Samburg. In der am 3. Juni abgehaltenen Berammlung hielt Genosse Spangenberg einen Vortrag über „Die Ortskrankenkasse im Dienste der Volksgesundheitspflege“. Der Redner führte sich durch seinen vorzüglichen Vortrag die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer bis zum Schluß. Die Ausführungen der letzten Zeit lehren, daß die Unternehmer einen Generalangriff unternehmen. Überall drängen sie auf Tarifverhandlungen und Lohnabbau. Das Unternehmensum und sein Anhang geben sich aber damit noch nicht zufrieden. Es will die sozialpolitischen Versicherungen abbauen, mit der Begründung, die sozialen Lasten seien für die Wirtschaft nicht mehr tragbar. Auch in Samburg sind Kräfte am Werke, die die Dezentralisation der Allgemeinen Ortskrankenkasse herbeiführen wollen. Diese Bestrebungen finden in der bürgerlichen Presse bereitwilligste Unterstützung. Dem Wortwurf der Gegner, es seien zuviel Gelder verbaut worden, kann mit gutem Gewissen entgegengeworfen werden, daß die hierfür angelegten Gelder sonst der Inflation verfallen würden. Seit der Verschmelzung der 22 Ortskrankenkassen ist Vorbildliches geleistet worden. Der Verzeßfrist 1923 hat dazu geführt, Ambulatorien einzurichten, das heißt erkrankte Beschäftigten, um für etwaige Fälle Heilungsbedürftige in den Anstalten die Möglichkeit einer Weiterbehandlung gegeben ist. Der Redner schilderte die Vorzüge der Höhenjombenbehandlung. Es sind auch Einrichtungen getroffen worden für Diätenernährung, Krebsbehandlung durch Bestrahlungen, ferner für Montagediagnostik. Ein eigenes orthopädisches Institut der Krankenliste verfügt über 42 verschiedene Apparate. Die Kosten dieser Apparate betragen jedoch viel der Betrag einer Vierteljahrrechnung, der sonst für orthopädische Behandlung an Privatkliniken gezahlt worden ist. Ferner besteht eine eigene Bandagenwerkstatt. Geplant ist noch die Einrichtung eines Inhalatoriums. Die Ortskrankenkasse besitzt außerdem 4 Genesungshäuser. Durch diese Einrichtungen hat die Kasse an Ausgaben in einem Jahre 1/2 Million Mark gespart. Es ist deshalb verständlich, wenn die Ortskrankenkasse und deren Verwaltung von den Privatinteressen und den Vergeln beknüpft werden. Der Vortragende brachte ferner zum Ausdruck, wie die Krankenliste zum Nutzen ihrer Mitglieder ausgebaut werden muß. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat eine eigene Verwaltung. An ihren Mitgliedern liegt es, bei der Vertreterwahl zu bedenken, wer und wie ihre Interessen vertreten und wie die Kasse verwaltet werden soll. In der Aussprache wurde anerkannt, daß Großes in der Gesundheitspflege geleistet worden ist. Für die Betriebsobekte ist Gelegenheit gegeben, am Dienstag, 22. Juni, abends 8 Uhr, in der Nebenliste Burgstraße der Allgemeinen Ortskrankenkasse, in der Nähe des Bahnhofs Landwehr, die geschlossenen Einrichtungen zu besichtigen. Die Besichtigung ist mit einem aufklärenden Vortrag eines Arztes verbunden. Treffen in der Vorhalle des Gebäudes. Mit der Aufforderung, daß jeder am 20. Juni bei dem Volkstisch seine Pflicht erfüllt, wurde die Berammlung geschlossen.

Zu der Berammlung am 23. Mai wurde der Bericht über die Konferenz in Gera gegeben. Von einem Reichstagsbericht wollen unsere Kollegen nichts wissen, deshalb haben auch unsere Delegierten gegen die Entschickung gestimmt. Schatz beurteilte wurde die Reaktion des „Grundstein“, weil sie in dem Bericht Beschlässe unserer Konferenz einfach gestrichen hat. Durch solche Behandlung der Fachgruppen wird die Organisation sicher nicht gestärkt, im Ge-

genteil jede Mitarbeit bereitet. (Das wäre sehr bedauerlich, zumal die Kollegen keinen Grund zur Klage haben. Denn gerade den ausbrechenden Maße zur Verfügung gestellt. Die Reichsfachgruppe der Glaser magt davon, mit Unterstützung der Redaktion, in jeder Nummer Gebrauch, aber aus den allbekanntesten Gründen muß die Redaktion auf gedrungene Klänge achten. Deshalb sind die Beschlässe nicht „einfach gestrichen“, sondern inhaltsgemäß mitgeteilt worden, worunter ihr Wert keineswegs leidet. (Veb. des „Grundstein“.) Bei einer Firma kam es am 14. Mai zu Differenzen, weil die Tariffrage geklärt werden sollte. Nachdem 8 Kollegen die Arbeit eingestellt hatten, griff unsere Organisationsleitung ein. Durch Verhandlungen wurde eine Verzögerung erzielt und die Firma verpflichtete sich, den bisherigen Lohn weiterzugeben. Dieser Erfolg ist nur der Organisation zu danken. Den Kollegen rufen wir zu: Hallet treu zum Baugewerksbund!

Jsolierer.

Differenzen im Jsoliergewerbe Samburgs. Im Samburger Jsoliergewerbe sind seit einiger Zeit Differenzen ausgebrochen. Der Wirtschaftsbund für das Jsoliergewerbe fordert, daß in Zukunft die Vermittlung von Arbeitskräften durch den Oeffentlichen Arbeitsnachweis für das Baugewerbe

Bundeskalender 1926!

Mitglieder, werbt auf den Arbeitsplätzen für den Vertrieb unseres Bundeskalenders. Der Vorstand Eurer Baugewerkschaft hat jedenfalls noch Vorrat, andernfalls kann er durch den Bundesvorstand weitere Kalender erhalten, wenn er etwaigen Bedarf anfordert. Der Kalender entfällt für alle wie für junge Mitglieder wertvollen Aufklärungs- und Werbepflicht. Jedes Mitglied sollte einen Bundeskalender besitzen. Der Preis, 75 ¢, ist in Anbetracht der guten Ausstattung sehr niedrig. Wer von unsern Mitgliedern noch keinen Bundeskalender gekauft hat und in Arbeit steht, muß das Veräumte jetzt nachholen!

vorgenommen wird. Bis zum Frühjahr dieses Jahres bestand in Samburg durch Vereinbarung mit dem Wirtschaftsbund ein Berufsarbeitsnachweis, der von den Jsolierern selbst verwaltet wurde. Die Forderung des Wirtschaftsbundes war nicht neu; sie wurde in diesem Frühjahr erst wieder aufgenommen, als sich aus einer Vermittlung eines Differenz ergab. Der Wirtschaftsbund für das Jsoliergewerbe stellte an den Verwaltungsausschuß des Oeffentlichen Arbeitsnachweises in Samburg, der unter dem Vorsteher der Jsolierer den Oeffentlichen Arbeitsnachweis anging. Die Samburger Jsolierer weigerten sich, der Vermittlung durch den Oeffentlichen Arbeitsnachweis Folge zu leisten. Deshalb sind seit Anfang Mai 30 Jsolierer erwerbslos. Im Reichstagsvertrag für das Jsoliergewerbe heißt es klar und eindeutig: „Soweit nicht öffentliche Körperchaften den Arbeitsnachweis handhaben, sollen gemeinsame berufliche Arbeitsnachweise für die einzelnen Tarifzweige oder Bezirke gebildet werden, es sei denn, daß die örtlichen Organisationen darüber einig sind, daß ein Bedürfnis dazu nicht besteht.“ Durch diese Fassung des Reichstagsvertrages war die Stellungnahme der Organisationsleitung gegeben. Wenn der Wirtschaftsbund die Mitarbeit bei einem gemeinsamen Nachweis wegen anderer Verfassungen der Leitung beantragte und Anführer an den anerkannten öffentlichen Nachweis verlangte, so war das eine Forderung, die er auf den für allgemeinverbindlich erklärten Vertrag stützen konnte und die Opposition konnte sich der Forderung der Jsolierer, ihren Kampf zur Erhaltung des Berufsarbeitsnachweises zu unterstützen und zu fördern, nicht anschließen. Das erwidert einer Anzahl Jsolierer als eine Art Verbrechen. Nicht allein, daß sich die Samburger Jsolierer in einem Flugblatt an die Hamburger Arbeitererschaft wenden, in dem sie die Sachlage sehr einseitig schildern; es wurde auch ein Rundschreiben an alle Fachgruppen der Jsolierer in Deutschland versandt, in dem zur Unterstützung ihres Kampfes aufgefordert wurde. An den Werkstellen, sowie in dem Bundesbüro sind in die Fachgruppen wird gefordert, daß ein Druck auf den Bundesvorstand zur Erreichung der Unterstützung ausgeübt werden soll. Dieses Vergehen der Jsolierer dürfte in der Arbeiterbewegung einzig dastehen. Lokalrat in Deutschland ist seit Jahren von der organisierten Arbeitererschaft gefordert worden, für die Befreiung der sogenannten Maßregelungsbüros zu wirken und für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise einzutreten. Hier in Samburg verlangen die Jsolierer eine der Gesamtarbeiterbewegung entgegenstehende Stellungnahme der Organisationsleitung. Wir sind der Auffassung, daß Kämpfe in der Arbeiterbewegung nur durch die Organisationen geführt werden können; und wenn nach den Grundföhlen der Arbeiterbewegung die von den Berufsvorgesetzten eingesetzten Körperchaften auf Grund tarifvertraglicher Bestimmungen die Finanzierung ablehnen müssen, daß es dann nicht Sache einer kleinen Gruppe sein kann, sich durch besondere Kundgebungen oder Flugblätter zur Unterstützung ihres Kampfes mit Sammelstellen an die Arbeitererschaft zu wenden. Dortmund. Am 23. Mai fand unsere auf der 20. Tagung der Reichsversammlung statt. Nach der Wahl der Vorstandsetzung genommen. Der Wirtschaft eines neuen Reichstagsvertrages wird außerordentlich schwierig sein. Bei den Unternehmern wird, wie in allen anderen Berufen, in jeder Beziehung der Wille zum Abbau vorherrschen. Was auf einige Aufseher, die bei einer Bewegung absolut keine Rolle spielen, sind alle Jsolierer organisiert. Die seit neuerer Zeit bestehende christliche Sektion der Jsolierer arbeitet mit

uns Hand in Hand. Es ist also alles gelamt, um den Bestrebungen der Unternehmer entgegen zu treten und energischen Willen entgegenzusetzen. Gestagt wird vielfach über den Druck der Montagemeister. Diese Meister, die noch vor einigen Jahren führende Strolchen waren, sind sehr vornehm geworden und haben scheinbar ganz verloren, daß auch sie zahlreich bis zum Umhang hin auf in der Masse gerannt haben. In der Umgebung des Tarifvertrages leisten diese früheren Kollegen den Unternehmern allerlei Widerstände. Die Auflösung, die nach dem Tarifvertrag auch den Gesellen gezahlt werden muß, scheint es ihnen besonders angetan zu haben. Sie scheuen deshalb vor keinem Mittel zurück, um den Gesellen die Auslösung vorzuentfallen. Die große Arbeitslosigkeit wird zu diesem löblichen Zweck gründlich ausgenutzt. Die Nichtstimmung der Jsolierer und Helfer gegen diese früheren Kuchkollegen ist außerordentlich groß und auch sehr berechtigt. Auch für das Jsoliergewerbe wird wieder eine bessere Zeit kommen. Dann werden wir schon zur rechten Zeit wissen, was wir zu tun haben. Der gewerkschaftliche Geist unter uns ist gut. Die Reichskonferenz möge für einen selbständigen Lohn stimmen, auch wenn die Jsolierer sich ihn erkaufen müßten. Der neu zu wählenden Verhandlungskommission den Rücken stark zu machen, die Eingetret aller Jsolierer im Rahmen unseres Bundes zu fördern, das muß die hohe Aufgabe der Konferenz in Hannover sein. In diesem Sinne gewirkt, kann wird der Anführer der Unternehmer abgubalten sein. Die Dortmund Jsolierer entsenden den Abgeordneten des Fachgruppenrates die herzlichsten Grüße.

Tiefbauarbeiter.

Höflich. Eine besonders schöne Wüte am Baum des Arbeitskapitalismus ist das Tiefbaugewerbe. Dem polifantale Wozze, das die Samalitätskriterien in der Welt aufhört. Im Herbst vorigen Jahres wurden diese Arbeiter rekrutiert und bis zum Februar dieses Jahres der Achtstundentag leidlich eingehalten. Von März ab nach es aber den Sachrichtern keine Ruhe mehr; er ließ nun 9 Stunden arbeiten. Dies ging bis zum 1. Mai. Inzwischen hatte die Baugewerkschaft bereitwillig verurteilt, die Tiefbauarbeiter in Berammungen zusammenzuführen. Die Inorganisierten, die wir gerade haben wollten, kamen aber nicht. Aber am 1. Mai selbst es die Organisierten nicht, wenigstens den Nachmittags durch Arbeitzeuge zu begehnen, und die Inorganisierten machten mit. Darauf ordnete Meher am 3. Mai an, daß im Sommer über 10 Stunden gearbeitet wird. Eine Betriebsvertretung besteht nicht. Die Hilfe von der Belegschaft ist unorganisiert und feiner will das Amt eines Bauleitenden annehmen. Meher ist doch einer, so ist Herr Meher gleich bereit: Wenn es nicht paßt, kann zu Hause bleiben“. Wegen dieser Mangelhaftigkeiten des Herrn Meher rief die Baugewerkschaft das Gewerbeaufsichtsam an, das auch die Firma auf die gesetzlichen Bestimmungen hinwies. Was macht nun Herr Meher? Er läßt alle Arbeiter zusammenkommen und fragt jeden: wer nun 8 Stunden arbeiten will und fügte aber gleich hinzu: wer nun 9 Stunden arbeiten wolle, der wird in Zukunft nur 5 bis 6 1/2 Stunden arbeiten dürfen, oder er kann auch gleich nach Hause gehen. So erstreckte er das viele aus Angst vor der Entlassung sich bereitwilligen, 10 Stunden zu arbeiten. Die lange Zeit der Arbeitslosigkeit, die viele hinter sich haben, wollen. Herr Meher, wenn Sie die Arbeiter, bezahlte Kosten würde feiner zu 10 Stunden Arbeit gestungen, die Arbeitererschaft läte es freiwillig. (?) Da die Belegschaft nicht zu bewegen war, eine Betriebsvertretung zu wählen, ordnete Herr Meher dies auf Anordnung des Gewerbeaufsichtsamtes an. Natürlich wollte er auch mit hineingewählt werden. Die Wahl sollte auf dem Werkplatz durchgeführt werden. Injere Baugewerkschaft protestierte dagegen. Deshalb wurde die Wahl in einem Lokal, ohne Kontrolle des Herrn Meher, vorgenommen. Nachdem Herr Meher die Wahl angeordnet hatte, wollten sogar Inorganisierte in die Betriebsvertretung. Gewählt wurden 5 Organisierte und 1 Inorganisierter. „Natürlich“ gibt es auch Leute in der Belegschaft, die sich keine Vorteile machen lassen und 10 Stunden arbeiten wollen. Einer scheitern aber Belegschaft, bezahlte Kosten des Unternehmens, am Werke zu sein. Die Arbeitererschaft hielten noch nichts für die Arbeiter gelan und werden auch nichts tun, sonst müßten alle Arbeiter haben. Er nahm auch die Reaktion in Schutz und beschimpfte die Republik. Der Belgard der Arbeitererschaft rufen wir zu: Rauff Euch auf, schüttelt die Meher und Genossen, die gegen Euch kämpfen, ab! Schließt Euch dem Deutschen Baugewerksbund an, nur er vertritt Eure Interessen. Wenn er nicht da wäre, dann hätte Ihr heute nur 4 1/2 Stundenlohn. Alle Mann hinein in unsern Bund!

Internationale Bauarbeiterbewegung

Schweiz. Der Streik der Bauhandwerker in Zürich dauert fort! Der Streik ist die Fortsetzung des Zimmererstreiks, der bereits drei Monate dauert. Nachdem die Unternehmer die Polizei mobilisieren konnten, um unter deren Schutz ihre Streikbrocher von einem Bau zum anderen zu schicken, haben auch die übrigen Bauhandwerker wie: Gipser, Maler, Plattenleger, Anschläger, Parkettleger die Arbeit eingestellt. Die letzten Verhandlungen vom 2. Juni sind gescheitert, weil die Unternehmern keinerlei Zugeständnisse machten. Die Schweiz ist für alle Bauhandwerker gesperrt.

Vom Wan

Essen. Am 1. Juni nach 9 Uhr abends, also beim Durchwerden, ereignete sich auf der Baustelle Waderstraße ein folgenschwerer Unfall. Beim Aufstellen der Einschulung für Betonunterzüge stürzte eine Unterstützung zusammen. Einem Arbeiter, der sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte, schlug das Gestell in die Gaden. Wie verlautet, sollen ihm beide Beine gebrochen sein. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Die bauausführende Firma Diehl & Co., Essen, bei der der Arbeiter hinstenatisch zur 16-Stunden-Schicht angehalten werden, ist der Essener Bauarbeitererschaft rühmlichst bekannt. Wir stellen die Frage? Wo ist die Raupolizei und das Gewerbeaufsichtsam, wenn solche Zustände hersehnen? Wo ist der befehlshabende Bauarbeiter aber jöhamen sich nicht, trotz der vielen Erwerbs-

lofen länger als 8 Stunden zu arbeiten. Wer länger als 8 Stunden arbeitet, ist sein eigener Lohnräuber und ein Helfer des Unternehmertums zur Unterjochung der Bauarbeiter. Der Minister der Firma, Feil Diehl, war in Berlin bei den Verhandlungen der Sprecher für den Lohnruhr. Solche Leute mimen sonst den Arbeiter; aber der Arbeiter ist, den Arbeiter viele Überstunden aufzuzwingen, ohne Überstundenzulage zu zahlen. Wenn viele Arbeiter ohne Lohn ruhen, dann sind die Unternehmernparasiten des Baugewerbes in ihrem Element. Bei gegebener Zeit wird die Bauarbeiterchaft ihnen die Quittung für ihr Verhalten geben!

Angostadt. Am 3. Juni stürzte auf dem der Stadt Nürnberg gehörenden Gut Dürerhof bei Pappenheim eine vor 2 Jahren erbaute Giebelwand ein, wobei unser Jugendliebe Feil Diehl verunglückte. Ein Kollege sprach, als er das Einlen der Giebelwand bemerkte, er hoch ab, soq ich eine Kopfweh und eine Verletzung der beiden Füße zu; ein dritter Kollege wurde in die Lunge gerissen und erlitt eine schwere Kopfquetschung und einen Unterkieferbruch. Zum Unglück selbst ist zu bemerken, daß wohl als leistungsgemäß gearbeitet wurde. Der Unternehmer Walz von Pappenheim, ein eifriger Lohnräuber, wurde von der Gutverwaltung beauftragt, am Giebel eine Holzverlängerung anzubringen. Da der Giebel mit Wurzeln aufgeführt ist, war es notwendig, zur Verstärkung eines Balkens, an dem die Verlängerung festgenagelt werden konnte, eine waagrecht liegende einzuweisen. Schon bei Bearbeitung des Giebels, der mit schweren Wurzeln aufgeführt ist, bemerkte man eine Senkung der Wand und ließte den Giebel auf, ohne wieder außer nach innen Verstärkungen anzuweisen. Die Entfernung eines der Reile brachte dann auch den Einsturz. Der Staatsanwalt muß dem Unternehmer beibringen, daß die Gedanken nicht bloß auf Lohnruhrerei eingestellt werden dürfen, sondern auch auf die sachmännliche Ausführung der Arbeit und die nötigen Schutzmaßnahmen. Einparung von erfahrenen Aufsichtszugang dürfte derartige Unfälle nicht verhindern und auch nicht den Unternehmer entlasten. Für unsere Kollegen ist dieser Unfall eine neue Mahnung, selbst auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen zu achten.

Mittleren - Willkürmaßnahmen. (Kontrolle der Bauarbeiterchaftskommission.) Am 30. Mai kontrollierte die Bauarbeiterchaftskommission die Gerüste, Verbände und Mischelst auf den beiden Baustellen. Im allgemeinen ist es mit dem Schutz von Leben und Gesundheit der Bauarbeiterchaft sehr schlecht bestellt. Besonders die Materialgerüste waren in einem sehr schlechten Zustand. So beispielsweise die Gerüste Biederste 94 und 77. Fast überall fehlten Fußböden und Kuppelbretter; auch waren die Verstrebungen sehr mangelhaft. Nur in der Viktoriastraße wurde ein allgemein gutes Materialgerüst angetroffen. Auch mit dem Neubaugern ist es sehr schlecht aus. Am Neubau Oppermann in der Werfstraße fehlen die Fußböden ganz, auch war die Verklebung sehr mangelhaft; ferner war im Treppenhause kein Geländer. Die Bauböden bestanden sich im Keller. Auch bei Siemens & Siggan am Neugrodenweg sah es nicht zum besten aus. In den Treppenhäusern fehlten die Schutzvorrichtungen; desgleichen in der Wischstraße beim Unternehmer Wischmann, beim Beamtensbaubereiter, Unternehmer Meißner in der Parkstraße beim Unternehmer Meißner in der Parkstraße. Daraus geht hervor, daß die Förderung der Bauarbeiterchaft nach einer reichsweiten Regelung des Bauarbeiterchutzes durchaus berechtigt ist. Ebenso notwendig sind Kontrollen aus den Reihen der organisierten Bauarbeiterchaft. An die Arbeiterchaft appellieren wir, bei der Herstellung von Gerüsten, Schutzvorrichtungen, Verbänden usw. ihre Pflicht zu erfüllen. Nur wenn alle Mann Hand ans Werk legen, wird es mit dem Bauarbeiterchutze besser werden.

Allgemeine Rundschau

Zum Volksempfinden rufen auch die drei freigeberchaftlichen Epigenorganisations der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der ADGB, der IFA und der IFA, auf. In ihrem Aufruf wird unter anderem gesagt: In einer Zeit, in der Millionen deutscher Arbeiter ohne Arbeit sind und von kargen Unterhaltungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegerrückkehrern sich in Not befinden, nach einem Kriege, in dem Millionen deutscher Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg, ihre Vaterländischen zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheure Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen. Kein Wunder, daß die Parteien mit diesen „Landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik zu stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen und ihre Diktatur dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederherstellung der alten Fürstentümerlichkeit, ist nur ein Schritt. Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volkseinkommens als Wartegeld ausbezahlt werden. Das sinnlose „Ja“ aller, für die entscheidungsgewisse Entscheidung, muß die Antwort des Volkes auf die schamlosen Ansprüche der früheren Fürsten sein. Die Monarchisten, mit dem Exminister Loebell an der Spitze, sind nun mit den Waffen des Kampfes in die Arena getreten, die uns aus den Wäldern und aus dem Kampf gegen die republikanische Staatsform nur zu gut bekannt sind: Lüge, Verleumdung und Verleumdung gegen die Befreiung! Dem falschen bekannten Monarchisten Loebell ist die Burg vor den monarchistischen Karren zu spannen. Der Reichspräsident hat sich „privat“ bezüglich gegen den Volksempfinden ausgesprochen. Dieser Brief wird von den Monarchisten als Propaganda gegen den Volksempfinden benutzt. Die Tatsache, daß der Reichspräsident dies nicht beanstandet, bestätigt zugleich das Einverständnis mit der politischen Aktion der Monarchisten. Das ist aber ein Verstoß gegen die Verfassung. Auf den Brief Hindenburgs eingegangen, liegt für uns keine Veranlassung vor. Wenn Hindenburg es mit „Moral und Recht“ vereinbaren kann, daß Deserteure, daon-

gelassene fürstliche Kautelzer und ihre Huren auf Kosten des deutschen Volkes gemästet werden, während Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder hungern; wenn Hindenburg es ferner mit sich vereinbaren kann, daß er nachher den Stein- und Metalleinern ihre in der Infanterie verloren gegangenen Epigenen nicht retten konnte (Kaufverteilung) — den früheren Fürsten und ihrem Anhang ihre Vermögen rettet, dann ist das seine Sache und die seiner Wähler. Das arbeitende Volk weiß, was es zu tun hat. Es stimmt für die Entziehung mit Ja. Volksempfinden muß die Fürstenansprüche niederlegen!

Die Entziehung der Kaufkraft. Die „Leipziger Neueste Nachrichten“, die stets die Interessen der Hausbesitzer vertreten und die Aufhebung der Zwangsveräußerung im Wohnungswesen fordern, schreiben in Nr. 141 unter anderem folgendes: Die recht unangenehme Situation im Wohnungswesen ist nach unserer Ansicht ein Beweis dafür, wie stark man die Möglichkeiten einer raschen Wiedereinführung der Wohnungsbaukäufkraft übersehen hat. Heute entziehen sich am Wohnungsbau bereits Tausende, die man vor Jahren noch kaum bemerken konnte. Es zeigt sich nämlich, daß das Wohnungsproblem nicht nur eine Finanzierungs-, sondern auch eine Preis- und Inflationsfrage ist. In vielen Kreisen erhofft man die Befreiung der Wohnungswirtschaft durch das Wiedereinsetzen der privaten Bauunternehmung und glaubt, wenn dem Bauunternehmertum wieder genügend Hypothekengeld zur Verfügung stünde, wäre die Wohnungsbaukäufkraft in kurzer Zeit beboben. In diesem Gedankengang, der in allzu bequemer Weise die Wirkungsbedingungen auf unsere Zeit übernimmt, liegt ein schwerer Irrtum — ein Mischfehler. Man vergißt, daß die Wohnung Ware ist, wie jede andere Ware; und vergißt, daß diese Ware gekauft werden muß. Die Wohnung, d. h. die Wohnnutzung, ist aber ungleich die teuerste Ware, die wir besitzen; nicht nur, weil sie selten ist, sondern weil die Kaufkraft 100 Prozent der Wirkungskraft ausmachen. Angenommen, es würden heute genügend Wohnungen erbaut werden können, die einigermaßen dem hochentwickelten Bedarf entsprächen; es würden sich für die wachsende Bevölkerung genügend Käufer finden, die in der Lage wären, sie zu bezahlen. Diese Überlegung zeigt, daß, falls die Kaufkraft nicht stark herabgedrückt werden können, der Wohnungsbau in viel stärkerem Maße als vor dem Kriege sich auf die Herstellung von Kleinwohnungen, deren Preise für die Kaufkraft der Masse erschwinglich sind, gezielungsweise einstellen muß. Einen anderen Ausweg gibt es zur Zeit nicht. Irig ist auch die Meinung, daß durch eine Anpassung der Wohnmieten an die Kaufkraft die private Bautätigkeit eine wesentliche Belebung erfahren würde. Das würde im Gegenteil eine erhöhte Nachfrage nach kleineren Wohnungen hervorbringen, weil dann für viele die Beibehaltung größerer Wohnungen unmöglich gemacht würde, wie es jetzt schon zum Teil der Fall ist. ... Sält man sich von übertriebenen Hoffnungen frei, so scheint im Augenblick nur der eine Weg zum Erfolg zu liegen: Produktionsförderung und Kleinwohnungen zu erzeugen und städtische Preise durch billige finanzielle und städtische Zuschüsse und Verbilligung des Bauens durch stärkere Normierung der Materialien. — Auch Gekontrollierte können solche Augenblicke haben.

Mehr sozialrechtlicher Gesetzentwurf nach Deutschland. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsbund haben am 2. Juni an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie die Erhöhung der „Menge des sozialrechtlich zuzurechnenden Gewerkschafts“ fordern. Die Eingabe ist gleichzeitig dem Reichsminister und dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnisnahme zugegangen. Sie lautet: Nach dem Wortlaut des Gesetzes über Zolländerungen ist „Gewerkschaft“ diese Bestimmung, „im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Maßstab zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden war. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Geflügelkonsum für die minderbemittelte Bevölkerung, nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaß möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 60 Kilo je Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilo im Jahre 1924 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilo gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilo betrug. Nach den bekanntesten deutschen Wirtschaftsexperten, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kauf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Beschäftigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilo jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilo. Die deutsche wertvolle Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeitererschaft zögern daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Maßstab sozialrechtlich zuzurechnenden Geflügelkonsums die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Deutsche Mietertagung. Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, hielt in Köln seinen 12. ordentlichen Deutschen Mieterkongress ab. Die aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Tagung wurde mit einer Sitzung des Bundesauschusses eröffnet, in der nach Erledigung einer Reihe von Organisations- und Verwaltungangelegenheiten Volksmeister Seibler, Dresden, zur Wohnungswirtschaft folgende Leitlinie vorlegte, denen der Bundeskongress einstimmig zustimmte: 1. Die Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten und unterbemittelten Arbeiterkreise waren in Deutschland schon vor dem Kriege außerordentlich schlecht. 2. Die privatrechtliche freie Wohnungswirtschaft hatte nicht vermocht, die breiten

Volksschichten zu erschwinglichen Mieten in gesundheitlich und kulturell einwandfreien, in räumlicher Beziehung zulänglichen Wohnungen bereitzustellen. 3. Eine wirkliche Befreiung aus der noch immer wachsenden Wohnungsnot kann nur eine großzügige soziale Wohnungsreform bringen. 4. Die soziale Wohnungsreform bedarf jedoch nicht nur vorübergehender, sondern dauernd in starken Ausmaße zinsloser Baugelder und Hypotheken, und kann nur auf gemeinnütziger Grundlagedeckung beruhen. 5. Als dauernd stehende Geldquelle sind dazu die Wohnungsbaukassen der Hauszinssteuer für alle Zukunft sicherzustellen. 6. Für die Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsmassen ist der private Unternehmerbau nicht geeignet. Er ist durch den gesellschaftlichen Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlagedeckung zu ersetzen. 7. Ein tätiges Eingreifen der Mieterorganisationen in die praktische Wohnungsfrage ist dringend erwünscht. Die Gründung neuer Bauvereinigungen dient solchen Zwecken insbesondere. 8. Nicht die Gründung neuer Organisationen, sondern eine Zusammenfassung der bestehenden ist geboten. 9. Alle am Wohnungsbau interessierten wirtschaftlichen Organisationen der Mieter, Arbeiter, Bauvereinigungen, Kleinrentner, Kriegsbekämpften, Invaliden, Wobensformen und im besonderen Maße sämtliche Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollten sich unter einem Dach, am zweckmäßigsten in der Rechtsform der G. m. b. H., zu gemeinnütziger praktischer Wohnungsförderung zusammenschließen. — Eine zweite Gutschriftung verlangt die Entlastung der Klein- und Mittelwohnungen von der Hauszinssteuer, und als Ersatz für diesen Ausfall eine stärkere Besteuerung der großen Wohnungen.

Georg Weyer, Düsseldorf, bittet uns, mitzuteilen, daß er mit dem in der Nummer 48 des „Grundstein“, Jahrgang 1925, von uns kritisierten, „berühmten“ Fabrikant „D. W.“ nicht gemeint ist. Wir kommen hiermit diesem Wunsch nach.

Immer wieder die Kartelle als Hindernisse des Preisabtaues. In der Textilindustrie bestehen ebenfalls eine Reihe Kartelle. Eines der jenseitigen davon ist der Verband der deutschen Webereibetriebe. Dieser hält trotz Preis und Absatzmangels an den alten Tarifen fest. Wie sich dies auswirkt, ist aus einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ zu ersehen. Der Veredelungslohn einer Ware, der sich früher auf 11 % des Preises stellte, beträgt heute 19 %. Bei billiger, in letzter Fabrikation gewebter Ware beträgt der Anteil des Veredelungslohnes 30 %, gegenüber 16 % zu der Zeit, als die Preis- und Absatzmangel in den letzten Jahren vor dem Kriege (Kriegszeiten) nicht herangezogen werden, obwohl zum Beispiel die effizienten Werke um 15 % billiger zu liefern in der Lage sind. Es sind immer wieder die Kartelle, die den Preisabtaue verhindern.

Die Kaufkraft des Durchschnittslohnes. Trotz aller Lohnherabsetzungen sind die deutschen Löhne, wenn man ihren realen Wert betrachtet, immer noch niedriger als in den meisten übrigen Ländern mit fester Währung. Im Jahresbericht der Bremer Arbeiterkammer für das Jahr 1925 finden wir eine Zusammenstellung; danach ist der Reallohn von gelehrten und ungelerten Arbeitern des Baugewerbes, der Metallindustrie, der Möbelindustrie und der Buchdrucker in Amsterdam..... um 28,4 % (Stockholm..... um 115,0 % Oslo..... um 46,3 % (Sponen..... um 115,0 % England..... um 49,3 % (Dänemark..... um 147,8 % (Kopenhagen..... um 89,6 % (Philippinen..... um 128,1 % höher als in Berlin. Die überseeischen Länder außer Betracht gelassen, ist der Reallohn am höchsten in Schweden. Doch nicht nur die Kaufkraft der ausländischen Löhne ist höher, sondern auch der Lohn selbst. Zusammen mit dem Beweis, daß die deutsche Industrie gegenüber der in den hochproduktiven Ländern einen nicht geringen Lohnvorteil genießt.

Konkurse und Geschäftsaufstehen im Mai. Nach den im Mai gemeldeten Ziffern über die Konkurse und Geschäftsaufstehen zu urteilen, dürfte sich die Wirtschaftslage bedeutend gebessert haben. Nach dem „Berliner Tageblatt“ war die Entwicklung im Vergleich zu den Vormonaten die folgende:

	Konkurse	Geschäftsaufstehen
1926 Januar.....	1868	1482
Februar.....	1994	1625
März.....	1845	1486
April.....	1303	998
Mai.....	1049	712

Danach ergibt sich gegenüber dem Vormonat ein Rückgang von 20 % und gegenüber Januar wäre die Konkursziffer beinahe um die Hälfte zurückgegangen. Die Konkursziffern gehen weit jenseitig zurück als die Zahlen der Gewerkschaften und Kurzarbeiter, denn in der ersten Hälfte war hier nur ein Rückgang von 2 %.

Was zeigen die Bankkassen? Die deutschen Banken sind bekanntlich verpflichtet, alle 2 Monate die Hauptkonten ihrer Bilanzen zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung geht von der Staatlichen Abteilung der Reichsbank aus. Nunmehr liegen die Bilanzen vom Ende April vor. Zu die Augen fällt es dabei der Zuwachs der Kreditoren (Gläubiger). Noch zu keiner Zeit nach der Stabilisierung sind die Einlagen und sonstige Kreditoren bei den Banken so gestiegen, als in der Zeit vom 28. Februar bis zum 30. April. Bei den 88 Kreditbanken, über die berichtet wird, betragen die Kreditoren am 30. April insgesamt 5952 Millionen Mark gegen 5671 Millionen Mark am 28. Februar und 5144 Millionen Mark am 31. Oktober 1925. Es ergibt sich mithin eine Zunahme von 281 Millionen Mark in der letzten dreimonatlichen Periode und von 508 Millionen Mark vom 31. Oktober 1925 bis zum 30. April 1926. Wenn man also die Einlagen der Bankkunden in Betracht zieht, so kann man eine erhebliche Verbesserung der Finanzkraft der privatrechtlichen Kreise feststellen. Gewiß mag es richtig sein, daß die Kreise die Verwendungsmöglichkeit finanzieller Mittel im Produktionsprozeß hindert, trotzdem ist es bezeichnend, daß der Kreditorenbestand der Kreditbanken in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges derartig aufgefüllt werden konnte. Die Summe der gesamten Kreditoren hob sich in einem Jahr, vom 30. April 1925 bis zum 30. April 1926, bei den Kreditbanken um 973 Millionen Mark. Gegenüber dem 30. April 1913, wo die Kreditoren dieser Bankkategorie 5181 Millionen Mark betragen, ist eine Aufkündigung des Kreditorenstandes um rund 73 % erreicht. Bei den Sparkassen ist demgegenüber erst ein Einlagenbestand in der Höhe von 10 % des Friedensjahres

